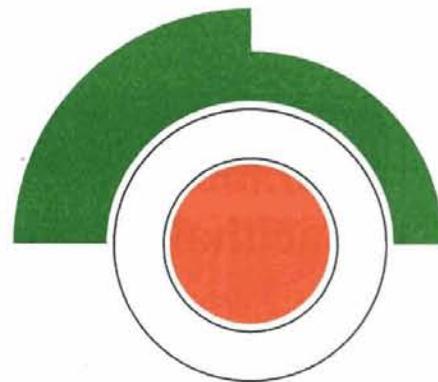


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 2



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 32. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 30.1.2001

## WORT UND WIDERWORT

### Wie können wir Menschen am besten gegen Umweltgefahren schützen?

Nachhaltige Entwicklung sei der beste Umweltschutz. Der Schutz vor Umweltgefahren, die direkt zugeordnet werden könnten, habe einen sehr hohen Stand erreicht. Die Emissionsbegrenzungen an Industrieanlagen und die umfassende Störfallvorsorge schlossen direkte Umweltgefahren weitgehend aus. Gleichzeitig sei die Sensibilität der Menschen für Umweltgefahren, die ihre Gesundheit bedrohten, stark angestiegen. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Dr. Bernhard Kasperek**. Der CDU-Abgeordnete **Hans-Peter Lindlar** betont, die Bewahrung der Schöpfung sei eine globale, eine nationale und eine lokale Aufgabe und für die CDU ein Kernpunkt ihrer neuen sozialen Marktwirtschaft, die einen verantwortlichen Umgang mit der Umwelt fordere. Leitprinzip sei die Nachhaltigkeit, die gleichrangige Berücksichtigung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen. Der FDP-Abgeordnete **Holger Ellerbrock** stellt fest, nur der informierte Bürger sei ein mündiger Bürger. Deshalb sei es wichtig, gerade im Bildungsbereich nicht nur naturwissenschaftliche Grundkenntnisse, sondern auch naturwissenschaftliche Systemzusammenhänge zu vermitteln. Diese Fähigkeit sei die Voraussetzung, zwischen realen und vermeintlichen Umweltgefahren unterscheiden zu können. Der GRÜNE-Abgeordnete **Johannes Remmel** unterstreicht, aktiver Umweltschutz sei Gesundheitsschutz. Es dürfe kein Pardon bei Umweltbeeinträchtigungen mit gesundheitlichen Folgen geben. Die Natur sei unsere Lebensgrundlage. Daher brauche man den Schutz und die Wiederherstellung vielfältiger, ökologisch hochwertiger Kulturlandschaften sowie von Bereichen, in denen die Natur sich selber überlassen bleibe. (Seite 2)

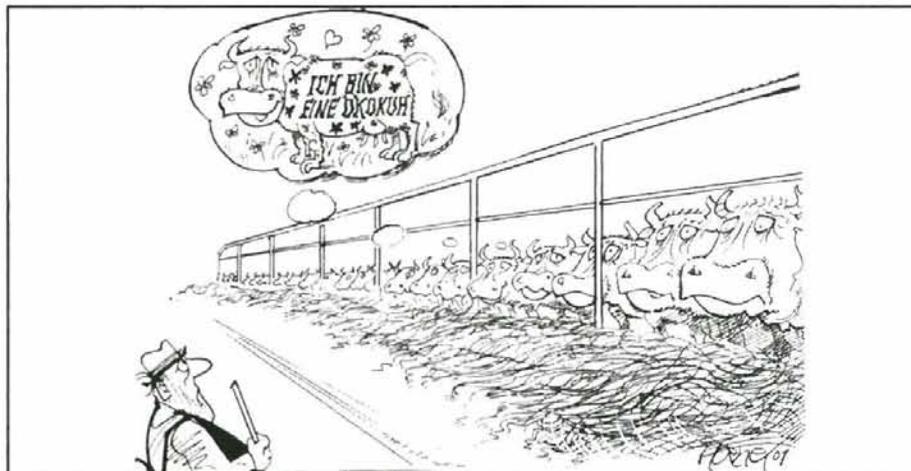
### Länder-Bedenken gegen Verpflichtungen in FFH-Richtlinie

### Clement für Supra-Ministerrat in Europa

Die Länder seien bei der FFH-Richtlinie (Fauna-Flora-Habitat) mit rechtlichen Verpflichtungen konfrontiert worden, gegen die sie von Anfang an Bedenken erhoben hätten.

Diesen Bedenken sei im Ministerrat nicht Rechnung getragen worden, erklärte Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) auf eine Mündliche Anfrage von Eckhard Uhlenberg (CDU) in einer Fragestunde. Das weise auf ein gravierendes Problem im europäischen Willensbildungsprozess hin. Durch die Ansiedlung der legislativen Funktionen bei den Fachministerräten sei nämlich eine umfassende Berücksichtigung aller relevanten Belange nicht immer gewährleistet. Die Richtlinie wäre sicher anders ausgefallen „und hätte bei uns in der Sache weniger Probleme bereitet“, wenn bereits im Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Union eine fachübergreifende Bewertung stattgefunden hätte. Konkret gesprochen, gehöre das mit in die Reformdiskussion auf europäischer Ebene. Man brauche so etwas wie einen Supra-Ministerrat, der unter Einbeziehung aller fachlichen Gesichtspunkte entscheide, so, wie das in anderen Regierungen auch der Fall sei.

Clement folgerte: „Ich begrüße deshalb sehr, dass sich der Europäische Rat in Nizza entsprechend den Vorstellungen der Länder auf eine weitere Regierungskonferenz zu institutionellen Reformen verständigt hat.“



Traum eines Rindviehs

## Die Woche im Landtag

### BSE-Krise

Der Landtag setzt sich in der BSE-Krise dafür ein, das Vertrauen der Verbraucher zurückzugewinnen. (Seite 3)

### Drogenpolitik

In der von ihr beantragten Aktuellen Stunde zur Drogenpolitik hat die CDU auf die Bedeutung der Vorbeugung hingewiesen. (Seite 4)

### Konfliktberatung

Nach dem Rückzug der Katholischen Kirche aus der Schwangerschaftskonfliktberatung werden mehr nicht kirchliche Träger gefördert. (Seite 6)

### Schwerpunkt

Die Medien- und Telekommunikation bildet den politischen Schwerpunkt im Haushalt 2001 des Ministerpräsidenten. (Seite 9)

### Polizeieinsatz

Erfahrungen wie beim „Dortmunder Kessel“ sollten junge Leute nicht von ihrem Engagement gegen rechts abschrecken. (Seite 10)

### Klausurtagung

Die Klausurtagung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags fand in Moers im Kreis Wesel statt. (Seite 13)

## WORT UND WIDERWORT

# Nachhaltigkeit ist der Leitgedanke für den Umweltschutz

Von  
Dr. Bernhard Kasperek

Technische Entwicklung und Wohlstand verhindern anscheinend negative Entwicklungen nicht völlig. Hochwasser, Schlammlawinen, globale Klimaveränderungen, die zunehmende Zahl von Allergien oder die aktuelle BSE-Problematik zeigen, dass Umweltgefahren heute überwiegend die Folge menschlichen Handelns sind. Der Schutz vor Umweltgefahren, die direkt zugeordnet werden können, hat einen sehr hohen Stand erreicht.

Die Emissionsbegrenzungen an Industrieanlagen und die umfassende Störfallvorsorge schließen direkte Umweltgefahren weitgehend aus. Dass Luft und Flüsse in den letzten Jahrzehnten wieder sauberer geworden sind, hat aber auch zur Fehleinschätzung Einzelner geführt, die Probleme im Umweltschutz seien im Wesentlichen gelöst.

Indirekte oder zeitlich verzögert eintretende Wirkungen führen dazu, dass der Zusammenhang von Umweltschädigungen durch den Menschen und den daraus resultieren-

### SPD: Nachhaltige Entwicklung ist der beste Umweltschutz

den Gefahren für den Menschen oft nicht unmittelbar erkennbar sind. Gleichzeitig ist die Sensibilität der Menschen für Umweltgefahren, die ihre Gesundheit bedrohen, stark angestiegen.

Diese neue Dimension von Umweltgefahren erfordert ein grundsätzliches Umdenken, eine nachhaltige Entwicklung, die über sektorale Umweltschutzmaßnahmen hinausgeht:

- Ganze Prozessketten, z.B. der Energiegewinnung, der Produktion, der Lebensmittelerzeugung, sind zu betrachten.
- Maßnahmen müssen über Zuständigkeitsgrenzen hinaus entwickelt und umgesetzt werden. Verschiedene Spezialisten (z.B. Ingenieure, Mediziner, Soziologen, Juristen) müssen zur Erkennung und Beseitigung von Umweltgefahren fachübergreifend zusammenarbeiten.

Wichtige Bausteine einer erfolgreichen Umsetzung sind:

- Wettbewerbsneutralität durch europäischen bzw. globalen Maßstab.
- Beitrag des Konsumverhaltens zum Gesundheitsschutz erfordert Verbraucherinformation über Produkte und Produktionsverfahren.
- Staatliche Kontrolle sichert Gesundheitsschutz und fairen Wettbewerb.
- Entlastung von Unternehmen, die im Rahmen nachprüfbarer freiwilliger Vereinbarungen selbst verantwortlich Aufgaben übernehmen.

Von  
Hans-Peter Lindlar

Die Bewahrung der Schöpfung ist eine globale, eine nationale und eine lokale Aufgabe und für die CDU ein Kernpunkt ihrer neuen sozialen Marktwirtschaft, die einen verantwortlichen Umgang mit der Umwelt fordert. Leitprinzip ist die Nachhaltigkeit, die gleichrangige Berücksichtigung von ökologischen, ökonomischen und sozialen Belangen. Dies hat die UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 mit der Agenda 21 als Handlungsauftrag für das 21. Jahrhundert formuliert. Nagelprobe für diesen globalen Handlungsauftrag ist der Klimaschutz. Das von der CDU-geführten Bundesregierung bereits 1990 formulierte Ziel, die Treibhausgase bis zum Jahr 2005 gegenüber 1999 um ein Viertel zu verringern, hat bis heute Signalwirkung für den internationalen Klimaschutz. Demgegenüber hat das Land NRW als bevölke-

### CDU: Bewahrung der Schöpfung ist Aufgabe für alle

rungs- und industriereichstes Bundesland den Klimaschutz sträflich vernachlässigt. Erst nachdem die CDU-Fraktion mit mehreren Anträgen in den letzten zwei Jahren eine eigenständige NRW-Klimaschutzpolitik gefordert hat, wurde dieses Anliegen im rot-grünen Koalitionsvertrag aufgegriffen.

Die frühe Einrichtung des Umweltministeriums 1986 durch die CDU-geführte Bundesregierung hat entscheidend mit dazu beigetragen, dass Wasser, Boden und Luft heute wesentlich sauberer als vor 20 Jahren sind. Mehr und mehr ersetzt der vorsorgende Umweltschutz die Nachsorge. Neue Arbeitsfelder wie der Schutz der Menschen vor Lärm und Elektromog fordern unseren Einsatz.

Wenn die Bewahrung der Schöpfung für die nächsten Generationen gelingen soll, müssen wir die Eigenverantwortung aller Akteure stärken und das bürokratische Regulierungsdickicht energisch durchforsten, ohne Umweltschutzstandards zu senken.

Auf der örtlichen Ebene bietet sich im Rahmen der lokalen Agenda 21 die große Chance, alle Bürger zum Mitmachen für mehr Umweltschutz zu gewinnen.

Von  
Holger Ellerbrock

Nur der informierte Bürger ist ein mündiger Bürger. Deshalb ist es wichtig, gerade im Bildungsbereich nicht nur naturwissenschaftliche Grundkenntnisse, sondern auch naturwissenschaftliche Systemzusammenhänge zu vermitteln. Diese Fähigkeit ist die Voraussetzung, zwischen realen und vermeintlichen Umweltgefahren unterscheiden zu können. Nur so ist es möglich, rational und nicht emotional Gefährdungen für die Umwelt beurteilen und an deren Problemlösungen mitwirken zu können. Das ist die Voraussetzung, nicht in Hysterie zu verfallen. Gleichwohl kommt dem Vorsorgegedanke immer größere Bedeutung zu, denn vorsorgender Umweltschutz ist effizienter als Umweltreparatur. Unter Berücksichtigung der regionalen Situation müssen nachvollziehbar begründete

### FDP: Vorsorge gewinnt immer mehr an Bedeutung

Umweltstandards bestimmt werden – EU-weit, damit Wettbewerbsverzerrungen ausgeschlossen und die Angleichung der bestehenden Standards vorangetrieben werden. Dies gilt nicht nur für Luftreinhaltung, Energieeinsparung und Klimaschutz, Abfallentsorgung und Wasserwirtschaft. Dies gilt auch für den Verbraucherschutz.

Die Verwirklichung hoher Umweltstandards liegt nicht nur in gesetzlichen Regelungen, sondern auch in der Eigenverantwortung eines jeden Einzelnen. Ökonomische Instrumente sind in der Regel wirksamer als verwaltungsintensive Verordnungen, die personalintensiv von Behörden überprüft werden müssen. Der Charme ökonomischer Instrumente, wie zum Beispiel Zertifikatslösungen, Abgaben, Lizenzen und Steuern, liegt darin, dass sie aus sich selbst heraus den einzelnen Bürger wie auch die Wirtschaft auf ökologisch orientierte Ziele hinführen. Dabei darf aber kein „Etikettenschwindel“ erfolgen, wie aktuell mit der „Ökosteuer“. Sie hat überhaupt keine ökologische Lenkungs-funktion. Rot-Grün schadet damit dem positiv besetzten Etikett „öko“ und dem Begriff „Ökologie“ nachhaltig.

Von  
Johannes Remmel

Vorsorgender Umweltschutz ist der Schlüssel für den Schutz der Menschen vor Umweltgefahren. Umweltgefahren, die gar nicht entstehen, brauchen auch später nicht teuer beseitigt werden. Das ist die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Wir stehen erst am Anfang der notwendigen ökologischen Umorientierung aller Bereiche der Gesellschaft. GRÜNE Politik stellt Mensch und Umwelt in den Mittelpunkt: Markenzeichen sind unbelastetes Trinkwasser, vollwertige und unbelastete Nahrungsmittel, artgerechte Tierhaltung, nachhaltige Land- und Waldnutzung, saubere Luft zum Atmen, umfassender Lärmschutz und eine Energieversorgung ohne Atommüll und Klimaveränderungen. VerbraucherInnen haben ein Recht auf gesunde Nahrungsmittel hoher Qualität. Gesunde, rückstandsfreie Nahrungsmittel sind oberstes Ziel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Rechte der Verbraucher und Verbraucherinnen müssen deshalb gestärkt werden.

*Umweltpolitik bleibt Kernaufgabe des Staates*

Einheitliche Rahmenbedingungen

### GRÜNE: Vorsorgenden Umweltschutz in allen Bereichen verankern

und der Schutz der Menschen und der Natur müssen gewährleistet sein. Dafür ist eine starke Umweltverwaltung nötig. Mit der Regierungsübernahme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Umweltministerin Bärbel Höhn wurden die Weichen neu gestellt. Ein nachhaltiger Wandel wird aktiv angegangen:

Der Landtag hat mit dem Beschluss zur „Agenda 21 NRW – Bündnis für Umwelt, Innovation und Beschäftigung“ ein neues Kapitel in der Umweltpolitik aufgeschlagen. Umweltschutz bildet künftig ein umfassendes integriertes Konzept einer nachhaltigen Politik. Die breite Förderung der Kreislaufwirtschaft mit ökologischem Stoffstrommanagement, produktions- und produktintegrierter Umweltschutz stehen dabei im Mittelpunkt.

Um das Klimaschutzziel, die Verringerung der klimaschädlichen Emissionen um ein Viertel, erreichen zu können, haben wir ein umfassendes Klimaschutzkonzept NRW mit konkreten Handlungszielen beschlossen.

*Aktiver Umweltschutz ist Gesundheitsschutz*

Es darf kein Pardon bei Umweltbeeinträchtigungen mit gesundheitlichen Folgen geben. Ein umfassendes Aktionsprogramm „Umwelt und Gesundheit NRW“ ist vereinbart. Dabei hat Gesundheitsvorsorge bei Luft, Lärm, Wasser und Boden in allen Lebensbereichen oberste Priorität. Die Natur ist unsere Lebensgrundlage. Daher brauchen wir den Schutz und die Wiederherstellung vielfältiger, ökologisch hochwertiger Kulturlandschaften sowie von Bereichen, in denen die Natur sich selber überlassen bleibt. Eine Begrenzung des Lebensverbrauchs ist vorrangig.

## Landtag setzt sich dafür ein, das Vertrauen der Verbraucher zurückzugewinnen

### BSE-Krise fordert Umdenken bei Lebensmittelproduktion

Das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher in NRW zurückzugewinnen, darum ging es in der Debatte über den Koalitionsantrag „Konsequenzen aus dem BSE-Skandal ziehen: Vorrang für Verbraucherschutz — grundsätzliches Umsteuern in der gesamten Lebensmittelproduktion“. Dieser Antrag sowie ein Entschließungsantrag der FDP wurden an den Landwirtschafts- sowie an den Kommunalausschuss überwiesen (Drs. 13/629 und 670).

**Irmgard Schmid** (SPD) erklärte, der BSE-Skandal habe für die Verbraucher das Fass zum Überlaufen gebracht. Jetzt sei Umsteuern in der gesamten Lebensmittelproduktion gefordert. „Wir brauchen das Offenlegen der Produktionswege, wobei der Verbraucherschutz Vorrang haben muss.“ Man habe gesehen, dass individuelle Fleischverweigerung eines Einzelnen nichts bringe. Wenn aber Hunderttausende auf Fleisch verzichteten, bleibe das Fleisch dort, wo es sei: entweder als lebendes Tier oder in den Kühlhäusern. Es zeige sich, dass ein Einzelner nichts erreiche. „Gemeinsam haben die Verbraucher jedoch Marktmacht.“ Es zeige sich aber auch, dass alle — Landwirte, Verarbeiter, Arbeitnehmer und Verbraucher — in einem Boot säßen. Die Politik habe dafür zu sorgen, dass die Marktmacht des Lebensmittel Einzelhandels mit ihrem ständigen Preisdruck und den Dumpingpreisen das Boot nicht mehr zum Kentern bringe.

**Reiner Priggen** (GRÜNE) betonte, die Drohung stehe im Raum, „dass wir es irgendwann möglicherweise mit der neuen Variante der Creutzfeld-Jakob-Krankheit, wie sie in England und Frankreich aufgetreten ist, auch bei uns zu tun haben werden. Die Medien werden an der Stelle sehr präsent sein und die Politik — genau wie die Verbraucherinnen und Verbraucher — sehr deutlich fragen: Ihr wisst zwar nicht alles. Aber habt ihr auf alles, was ihr bemerkt habt, konsequent reagiert? Seid ihr dagegen vorgegangen? Dem werden wir uns stellen müssen.“ Der Abgeordnete fuhr wörtlich fort: „Niemand von uns will dann den Angehörigen, die auf uns zukommen, gegenüber treten und sagen: Wir wussten zwar schon sehr viel, haben aber gedacht, dass das Thema nicht mehr so aktuell ist.“ Diese Gefahr schwebte im Raum. Man müsse konsequent handeln.

**Marie-Luise Fasse** (CDU) sagte, Erfolg in der Bekämpfung werde man nur haben, wenn alle politischen Ebenen gemeinsam gegen BSE kämpften und voringingen. Hier müsse man über eine sinnvolle, das heiße eine ineinander verzahnte Vorgehensweise zwischen der Europäischen Union, dem Bund und den Ländern nachdenken. Neue Erkenntnisse und der aktuelle Forschungsstand müssten jedem zur Verfügung stehen. Nur so könne der Verbraucherschutz auch tatsächlich verbessert und optimiert werden. Für die CDU stehe der Schutz des Verbrauchers vor mit BSE verseuchten Lebensmitteln im Vordergrund, hier in NRW und auch im Bund. „Wir müssen dem Verbraucher die Sicherheit beim Verzehr von Fleisch und anderen tierischen Produkten zurückgeben, die er in den letzten Wochen



Vorrang für Verbraucherschutz: v. l. Irmgard Schmid (SPD), Reiner Priggen (GRÜNE), Marie-Luise Fasse (CDU), Felix Becker (FDP) und Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE).  
Fotos: Schälte

verloren hat. Das heißt, dass alle Rinder auf BSE getestet werden müssen, auch die, die jünger als 30 Monate sind“, folgerte Frau Fasse.

**Felix Becker** (FDP) merkte an, aus zurückliegenden Wahlkämpfen sei ihm noch präsent, wie man stolz darauf verwiesen habe, dass der deutsche Durchschnittshaushalt nur etwa 12 bis 14 Prozent seines verfügbaren Einkommens auf Lebensmittel verwenden müsse. Als Gradmesser der Wohlstandsgesellschaft sei das immer übereinstimmend gelobt worden. Es sei nicht so, dass dies originäres Ziel der Landwirtschaft selbst gewesen sei. Vielmehr habe sich die Landwirtschaft diesem übergreifenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ziel stellen müssen. Das sei nur mit schmerzlichem Strukturwandel, Intensivierung und Kapitalisierung einhergegangen. „Wenn jetzt Ergebnisse dieser Entwicklung kritisiert werden und von einem erforderlichen Wandel in der Agrarpolitik gesprochen wird, dann ist es ein Gebot der Fairness. Ursache und Wirkung nicht zu verwechseln und Schuldzuweisungen zu unterlassen.“

**Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) unterstrich, es gehe nicht um die Frage „Ökos“ oder „Nicht-Ökos“. Vielmehr gehe es darum, nicht nur auf die Bauern zu schimpfen und diese zu fragen, wie sie denn produzierten, sondern ihnen eine wirtschaftliche Alternative gegenüber dem zu bieten, was bisher auf EU-Ebene gefördert worden sei. Gut für die Debatte sei, dass bestimmte Fehler nicht gemacht würden: „Wir wollen ökologische Betriebe nicht gegen konventionelle Betriebe ausspielen. Das wäre absolut kontraproduktiv. Ich bin Landwirtschaftsministerin für alle Betriebe in diesem Land.“ Man dürfe auch keineswegs sagen: Klein sei fein und groß sei schlecht. Man müsse vielmehr erreichen, dass die Produktion bestimmte Kriterien erfülle. Trotzdem werde man versuchen, möglichst viele Arbeitsplätze in bäuerlichen Betrieben zu erhalten. Deshalb sei es sinnvoll, über eine degressive Förderung gerade Kleinere mehr zu fördern als

Größere — nicht aus ökologischen, sondern aus sozialen und Arbeitsmarktgesichtspunkten.

**Dr. Georg Scholz** (SPD) erklärte, eines sei durch die Krise völlig klar geworden: Ohne gesunde Produkte werde der Verbraucher nichts kaufen. Deshalb hingen schließlich und endlich die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und in der Industrie an diesem Nagel. „Ohne gesunde Produkte werden wir dann Arbeitslosigkeit und hohe Kosten haben.“

**Eckhard Uhlenberg** (CDU), stellvertretender Fraktionsvorsitzender, hielt der Ministerin vor, sie hätte für NRW auch dafür eintreten sollen, dass die rot-grüne Bundesregierung ihren Feldzug gegen die bäuerliche Landwirtschaft nicht durchführe. Er ziehe sich nämlich durch alle getroffenen finanzpolitischen Entscheidungen: in der Agrarsozialpolitik, bei der Vorsteuerpauschale und weiteren Bereichen, in denen es Kürzungen gegeben habe.

**Ministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) betonte, man helfe gerade mittelständischen Betrieben. „Wir sind jeden Tag mit der Fleischwirtschaft und mit den Schlachthöfen in Kontakt, weil wir natürlich genau wissen, dass die Situation dort momentan dramatisch ist.“

**Dr. Stefan Grüll** (FDP) bescheinigte der Ministerin, dass sie mit ihrer Mahnung in den letzten Jahren ganz offensichtlich richtig gelegen habe. Kritisch fügte er indessen an, dass die EU-Kommission gerade NRW im Zentrum ihrer Kritik habe mit nicht hinreichender Umsetzung der EU-Richtlinie aus dem Mai 1999. Das sei die Überwachungsverordnung der EU.

**Ministerin Bärbel Höhn** (GRÜNE) erwiderte zu dem Bericht der EU-Kommission, darin sei Bayern mit NRW verglichen worden. „Ich muss sagen, dass Nordrhein-Westfalen bei diesem Vergleich sehr, sehr gut wegkommt; die EU-Kommission hat uns sehr gelobt.“

## Aktuelle Stunde I:

# „Wirtschaft soll Teil der Werbemittel für Kampf gegen Sucht bereitstellen“

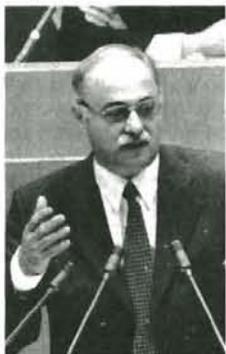
Im vergangenen Jahr sind in Nordrhein-Westfalen 470 Menschen an Rauschgiftkonsum gestorben - das ist die höchste Zahl an Drogentoten seit 1992. Was die CDU-Fraktion in der von ihr beantragten Aktuellen Stunde des Landtags am 24. Januar als Beweis für eine verfehlte Drogenpolitik der Landesregierung wertete, veranlasste Sprecher der Koalition zu der Warnung, aus der Statistik irreführende Rückschlüsse zu ziehen: Auch in anderen Ländern, darunter unionsregierten, sei eine Steigerung feststellbar gewesen.

**Rudolf Henke** (CDU) fragte nach den Konsequenzen, die das Land aus der dramatischen Steigerung der Drogentoten ziehe, zumal wenn die Landesregierung sich mit dieser Entwicklung, wie sie angekündigt habe, nicht abfinden wolle. Der Abgeordnete unterstrich die Bedeutung der Vorbeugung im Kampf gegen die Drogensucht und erinnerte an den Antrag der CDU, die Mittel für die Kreise und



kreisfreien Städte zum Einsatz in der Prävention um 5,4 Millionen Mark aufzustocken. Angesichts der Werbeausgaben der Tabakindustrie und der Alkoholhersteller - zusammen fast zwei Milliarden Mark - stellten die fünf Millionen, die für Präventionsmaßnahmen im Landeshaushalt stünden, „einfach ein Missverhältnis dar, das nicht hingenommen werden kann“. Wer so wenig für Vorbeugung ausbebe, der sei auf dem besten Weg, Abschied von seinen eigenen Versprechungen zu nehmen.

**Horst Vöge** (SPD) warnte angesichts von Drogentoten vor Populismus und Parteipolitik und vor der Konzentration auf illegale Rauschmittel: Allein durch Tabakmissbrauch habe es im vorletzten Jahr 100 000 Tote gegeben. Darum sei zu überlegen, ob die Wirtschaft angesichts ihrer Werbemilliarden nicht gezwungen werden könnte, entsprechende Mittel gegen Sucht und Drogenmissbrauch



der öffentlichen Hand zur Verfügung zu stellen. Drogen müsse man also im Gesamtzusammenhang sehen, es gebe keine einfachen Erklärungen. Mit seiner Drogen-

politik sei das Land zusammen mit dem Bund auf dem richtigen Weg, befand er, „weil wir den Menschen helfen und sie nicht verfolgen wollen“. In ihrer Diskussion, die die CDU seit kurzem in der Drogenpolitik führe, werde sie sich dem Standpunkt der Koalition annähern, zeigte Vöge sich überzeugt.

**Dr. Ute Dreckmann** (FDP) bezeichnete die Krankheit Sucht als gesamtgesellschaftliches Problem, von welchem Stoff jemand abhängig sei, mache keinen Unterschied. Darüber bestehe Konsens, keine Übereinstimmung gebe es dagegen darin, „wie den Betroffenen geholfen werden kann und wie eine erfolgreiche Suchtprävention und -therapie aussehen muss“. Ihre Partei unterstütze Fixier-



staben, sei aber dagegen, sie zu rechtsfreien Räumen zu erklären. Handel und Gebrauch illegaler Drogen spielten sich in einem kriminellen Umfeld ab, das sei eine „tödliche Gefahr“. Eine erfolgreiche Drogenpolitik müsse die Nachfrage drosseln und über Risiken und Gefahren des Konsums gründlich und ehrlich aufklären. Die Ausbildung auf dem Gebiet der Suchtkrankheiten sei zu intensivieren und das differenzierte Therapieangebot auszubauen. Mittelkürzungen seien unverständlich und würden von der FDP abgelehnt.

**Barbara Steffens** (GRÜNE) hielt Prävention ebenfalls für wichtig, aber sie nützen denen nichts, die schon abhängig seien. Steffens: „Wir werden immer Süchtige haben, selbst bei bester Prävention.“ Auf diesem Gebiet sei nicht nur das Land, sondern auch die Kommunen gefordert, da gebe es aber manche, auch CDU-geführte, die Prävention nicht wirklich ernst nähmen. Was man in größerem Ausmaß



benötige, sei Beratung, auch aufsuchende Beratung und mehr Hilfen für die, die süchtig sind. Die Boykotthaltung vieler Kommunen gegen Drogenräume müsse aufhören, forderte die Sprecherin und verlangte zugleich mehr Drogenkontrolle und bessere medizinische Versorgung. Die CDU rief sie dazu auf, über ihren „ideologischen Schatten zu springen, um zu einer konstruktiven Drogenpolitik im Interesse der Süchtigen zu kommen“.

**Gesundheitsministerin Birgit Fischer** (SPD) räumte ein, dass das Land die Mittel um 3,5 Millionen Mark niedriger angesetzt habe als im Vorjahr. Der Hauptgrund dafür sei, dass am Modellversuch zur Heroinbehandlung sich drei Städte weniger beteiligten. Außerdem sei die Methadonvereinbarung abgelaufen. Die fünf Millionen Mark Präventionsmittel würden durch jene sieben Millionen ergänzt, die für Beratungsstellen

ausgegeben werden. Darum bitte sie, die Diskussion nicht an „Scheinzahlen“ festzumachen, fuhr die Ministerin fort und erklärte, Nordrhein-Westfalen sei mit seinem differenzierten Beratungs-, Behandlungs- und Hilfeangebot für Süchtige Vorreiter im Bundesgebiet. Das Thema Drogenpolitik sei für Schaukämpfe nicht geeignet; sie nannte es gefährlich, leichtfertig mit Zahlen und Statistiken umzugehen. Sicherlich stehe Prävention an erster Stelle, aber man könne sich nicht auf Vorbeugung konzentrieren und die Augen vor anderen Problemen verschließen.



**Maria-Theresia Kastner** (CDU) regte an, schon im Kindergarten mit der Suchtvorbeugung zu beginnen; junge Menschen sollten früh über Gefahren der Sucht informiert werden und: „Unsere Kinder müssen stark gemacht werden.“

**Ralf Jäger** (SPD) nannte eine Diskussion „scheinheilig“ und völlig veraltet, die nur das Schwert der Prävention vor sich hertrage und meine, wenn nur vorgebeugt werde, gebe es keine Suchtkranken mehr. In der Drogenpolitik im Lande werde von allen Verantwortlichen und Beteiligten hervorragende Arbeit geleistet, unterstrich er.

**Brigitte Capune-Kitka** (FDP) machte deutlich, dass die Präventionsarbeit bei jungen Menschen vor neuen und schwierigen Aufgaben stehe. Es sei letztlich Aufgabe der Politik, „Freizeit gesellschaftspolitisch und jugendpolitisch so zu gestalten, dass Jugendliche dort ihren Kick bekommen, ohne auf Drogen zurückgreifen zu müssen“. Dazu brauche man auch neue Unterrichtsmaterialien in der Schule.

**Marianne Hürten** (GRÜNE) bezeichnete die von der CDU favorisierte Präventionspolitik, die allein auf totale Abstinenz und Repression abziele, als „realitätsfern“ und von „Schmalspurlogik“ durchzogen. „Verantwortungslosen CDU-Kommunalpolitikern“ machte sie den Vorwurf, sie hintertrieben vor Ort im Drogenhilfesystem Sekundär- und Tertiärprävention. Damit werde jedes Hilfeangebot für Schwerstabhängige abgelehnt.

**Ministerin Birgit Fischer** (SPD) teilte mit, die Landesregierung werde in diesem Jahr einen Schwerpunkt bei der Prävention von Kindern und Jugendlichen setzen, die in suchtbelasteten Familien oder Partnerschaften aufwachsen. Dennoch werde weiter etwas für die Schwerstabhängigen getan, betonte sie.

**Angelika Gemkow** (CDU) unterstrich die Überzeugung, „Ziel effektiver Suchtprävention kann nicht die Befähigung zur gefahrlosen Gestaltung des Drogenkonsums sein. Eine gesunde Sucht gibt es überhaupt nicht. Es gilt, Persönlichkeit und die Konfliktfähigkeit junger Menschen zu stärken“. Prävention benötige darum nach Ansicht der CDU das eindeutige Bekenntnis zur Drogenfreiheit.

## „Atomausstiegsland NRW will nicht mehr den Müll anderer Länder lagern“

**Jürgen Jentsch** (SPD) warf der baden-württembergischen Landesregierung vor, sie habe mit dem Antrag auf Castor-Transporte ins nordrhein-westfälische Zwischenlager Ahaus bewusst Ängste geschürt, um von eigenen Fehlern abzulenken und sie „aase“ aus wahltaktischen Gründen mit Steuergeldern. NRW unterhalte keine Atomkraftwerke mehr, habe sich aber bereit erklärt, für eine Übergangszeit Atom Müll aus anderen Ländern zu lagern. Jentsch: „Die Grenze ist nun erreicht. Die Atomlobby muss wissen, dass sie nicht mehr auf Kosten der Steuerzahler und auf den Schultern der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen ihre ureigensten Probleme lösen kann.“ Und weiter: „Wir in Nordrhein-Westfalen wollen nicht länger Spielball atompolitischer Sandkastenspiele sein. Deshalb unser Widerstand gegen eine solche irrsinnige Politik!“

**Christian Weisbrich** (CDU) verwies auf die Fakten und die Gefahr, dass das Kernkraftwerk Neckarwestheim, das ein Viertel des von der Bundesbahn benötigten Stroms liefere, abgeschaltet werden muss, weil die genehmigte Zwischenlagerkapazität vor Ort überschritten wird. Das südliche Bundesland werde in Sachen der Weisung des zuständigen Bundesministers Trittin eine Klärung herbeiführen, ob diese rechtens sei oder nicht. Der baden-württembergische Ministerpräsident sei nicht „erbaut“ darüber, dass ihn ein grüner Atomausstiegsminister anweise, „mehr abgebrannte Brennelemente am Standort zu lagern, als atomrechtlich genehmigt sind“. Dass das „ungesicherte Zwischenlager“ von den Menschen in Kauf genommen und dies noch dazu ohne Bürgerbeteiligung erfolgen solle, halte er, Weisbrich, für den „Trick eines Winkeladvokaten und kaum für eine vertrauensbildende Maßnahme“.

**Rüdiger Sagel** (GRÜNE) widersprach: „In Neckarwestheim kann gelagert werden, das ist überhaupt kein Problem.“ Für den Transport nach Ahaus gebe es keine Notwendigkeit, mit 100 Millionen Mark Kosten sei er eine „totale Verschwendung von Steuergeldern“ und zudem für die den Transport begleitenden und sichernden Menschen risikobehaftet. Baden-Württemberg instrumentalisieren das Atomrecht für politische Ziele und versuche, den im dortigen Land produzierten „hochproblematischen Abfall in unser Bundesland zu verschieben“. Es sei besser, für eine bessere Umwelt friedlich zu demonstrieren, „als weiterhin einer Atomtechnologie die Produktion zu sichern, die auch noch viele Generationen nach der unsrigen lebensgefährliche Probleme mit sich bringt“.



Jürgen Jentsch (SPD)

*Nach dem Verzicht auf den beabsichtigten Castortransport von Neckarwestheim nach Ahaus hat das nordrhein-westfälische Innenministerium alle Vorbereitungen zur polizeilichen Sicherung gestoppt. Das wurde bei der von SPD und GRÜNEN beantragten Aktuellen Stunde am 25. Januar im Landtag bekannt.*



Christian Weisbrich (CDU)

**Horst Engel** (FDP) resümierte: „Was wurde nun wirklich erreicht?“ Castorrolle zwar nicht, das sei aber in Wirklichkeit nur eine Atempause. Denn die Genehmigung dezentraler Zwischenlager benötige fünf Jahre, bis sie gerichtsfest sei. Nur für Lingen liege bisher eine solche Genehmigung vor, die GRÜNEN blieben bei ihrer „Verstopfungsstrategie“. Engel: „Innenminister Dr. Behrens wird deshalb mit seiner Einsatzplanung nur auf stand-by gehen können.“

**Innenminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) fand, es sei gut, dass diese Geschichte endlich ein Ende genommen habe und dass die Interessen der Ahauser Bürger nicht als weniger wichtig angesehen würden als die der Menschen in Neckarwestheim. Wie solle man den Leuten eines Landes, das als erstes den Atomausstieg geschafft habe, erklären, dass es den Müll anderer Länder lagern solle, fragte er und fügte ausdrücklich hinzu: „Wir sind bereit, auch in Ahaus weiterhin Müll aufzunehmen, wenn es keine andere Möglichkeit



Rüdiger Sagel (GRÜNE)

der Zwischenlagerung in Deutschland gibt.“ Der gefundene Atomenergiekonsens in Deutschland sei ab sofort die Grundlage für die weitere Nutzung der Kernenergie. Die ungeheure Belastung der Polizei beim Castortransport sei nur verantwortlich gewesen, wenn er unvermeidbar gewesen wäre, betonte der Minister und stellte erleichtert fest, „am Ende hat doch noch die Vernunft gesiegt“. Man brauche die erforderlichen 100 Millionen für wichtigere Dinge als für unnütze Transporte. Darum habe er mit dem heutigen Tag die Vorbereitungen der Polizei für den Transport im März nach Ahaus gestoppt.

**Christian Weisbrich** (CDU) rechnete vor, nicht der Transport verursache diese „irren“ Kosten, sondern es seien ausschließlich die Aktivitäten der politischen Freunde des Innenministers. Die Polizisten würden auch nicht von den Castoren bestraft, „sondern sie werden schlicht und ergreifend geklatscht von den heutigen Joschka Fischers“.

**Werner Bischoff** (SPD) nannte diese Rede eine Bewerbung Weisbrichs für den Posten des baden-württembergischen Regierungssprechers. Sie habe aber nichts mit den Problemen hierzulande zu tun. Durch seine besonnene, umsichtige und rechtzeitige Handlungsweise habe der Innenminister großen Schaden vom Land abgewendet.

**Dr. Friedrich Wilke** (FDP) meinte, für die eingesparten 100 Millionen könnten ja 1 000 Lehrer für ein Jahr eingestellt werden. Die Kosten entstünden durch das Gewaltpotential, das bei den Transporten frei werde. Die



Horst Engel (FDP)

das beklagten, seien zugleich auch diejenigen, die die Kosten verursachten — „eine sehr merkwürdige Art der Argumentation“.

**Barbara Steffens** (GRÜNE) wertete dies als Angriff gegen die grundgesetzlich garantierte Demonstrationsfreiheit. Wenn die Castorbühler so ungefährlich seien, wie die CDU sie darstelle, dann könnten sie ja auch ohne weiteres in Baden-Württemberg stehen bleiben. So seien die vorhandenen Risiken eher zu minimieren als durch einen Transport quer durch die Republik.



Dr. Fritz Behrens (SPD)

Fotos: Schälte

**Minister Dr. Fritz Behrens** (SPD) erklärte, Transporte nach Ahaus würden vom Land nur genehmigt, wenn sie wirklich unvermeidlich seien und wenn keine Gesundheitsgefahren für die eingesetzten Polizeibeamten vorhanden seien. Transporte mit solchem Aufwand und solchem Risiko seien „unsinnig“.

## Lückenschluss bei Schwangerschaftskonfliktberatung nach teilweiseem Rückzug katholischer Träger

Der Landtag überwies den CDU-Antrag „Hilfe und Beratung für Frauen in den Mittelpunkt stellen – Schwangerenberatung plural und bedarfsgerecht weiterentwickeln“ (Drs. 13/605) und den Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN „Schwangerschaftskonfliktberatung muss in NRW auch weiterhin gesichert sein“ (Drs. 13/666) nach der Aussprache am 24. Januar in die Ausschussberatung.



Kein Einvernehmen über die weitere Landesförderung „allgemeiner“ katholischer Schwangerenberatung, v. l. Regina van Dinther (CDU), Michael Scheffler (SPD), Brigitte Capune-Kitka (FDP), Marianne Hürten (GRÜNE), Ministerin Birgit Fischer (SPD).  
Fotos: Schälte

**Regina van Dinther** (CDU) begründete den Antrag mit Handlungsbedarf, den alle Fraktionen bestätigten. Es sei an der Zeit, die Schwangerenberatung endlich nach den Anforderungen des 1995 beschlossenen Bundesgesetzes zu gestalten. Nach den Beschlüssen der katholischen Bischöfe, keine Beratungsscheine mehr auszustellen, gebe es keinen Grund mehr abzuwarten. Die Erhöhung im Haushalt 2001 auf 32,2 Millionen Mark begrüße die CDU, auch die unbürokratische Hilfe beim Aufbau der katholischen Laienorganisation Donum Vitae, wo viel Arbeit angefallen und allen Frauen und Männern zu danken sei. Aber das Angebot verschlechtere sich. Die Aufnahme der zusätzlichen evangelischen Beratungsstellen in die Landesförderung sei ebenfalls zu befürworten. Die CDU werde eine Anhörung der Trägerverbände über Probleme und Lücken beantragen. Nicht nur arme Träger hätten allergrößte Schwierigkeiten mit der Restfinanzierung. Ärger gebe es auch, dass das Land einen Rahmen abstecke, ohne mit den Kommunen zu verhandeln. Die CDU wolle alle katholischen Beratungsstellen im staatlichen System behalten. Sie stehe weiter hinter dem Beratungsschein. Aber auch die allgemeine Schwangerenberatung verdiene hohe Wertschätzung. Die katholische Beratung habe nie mehr als drei Millionen Mark vom Land bekommen. Leider zementierten die Koalitionsfraktionen ihre Ablehnung, ohne die Vorschläge der CDU zu diskutieren.

**Michael Scheffler** (SPD) stellte fest, wie man am besten helfe, daran schieden sich die Geister. Hilfe und Beratung für schwangere Frauen in Konfliktsituationen habe er bisher als fraktionsübergreifende Aufgabe verstanden. Das Ringen innerhalb der katholischen Kirche sei nicht beendet. Ein längerer Rechtsstreit bahne sich an, denn die katholische Kirche wolle staatliche Förderung für Schwangerenberatung ohne Konfliktberatung. Es gehe der CDU nicht um die Rat suchenden Frauen, auch nicht um die Erfüllung eines staatlichen Auftrags, sondern um die Werbekampagne. Für die SPD gebe es keine Alternative zum ganzheit-

lichen Beratungsangebot. Dem Bischof von Limburg zolle er hohen Respekt. Jede Beratungsstelle müsse auch zur Ausstellung eines Scheins zur straflosen Abtreibung bereit sein. Wer diese Bereitschaft nicht bringe, stelle sich außerhalb des staatlichen Systems. Scheffler begrüßte, dass die Landesregierung die beträchtlichen Lücken des pluralen Angebots schließe.

**Brigitte Capune-Kitka** (FDP) stimmte der CDU-Forderung zu, die Landesregierung solle verfügbare Daten vorlegen. Die Zeit sei reif, die Landschaft der Beratungsstellen und -inhalte zu überprüfen und Konzepte weiterzuentwickeln. Das gelte für fast alle Angebote in NRW. Einer Anhörung stimme die FDP zu. Aber die Forderung der CDU, das Angebot ohne Scheinvergabe weiter zu fördern, sei sehr problematisch. Die FDP sei immer Vorreiterin bei der Überarbeitung des Paragrafen 218 gewesen. Auf Beratung und Schein habe sie verzichten wollen, weil sie Frauen auch ohne diese zu verantwortungsbewusster Entscheidung für fähig halte. Beratung ohne freie Entscheidung sei menschenverachtend.

**Marianne Hürten** (GRÜNE) begrüßte die Aussprache, da der Rückzug der katholischen Kirche Träger und Frauen verunsichere habe. Nach Gesprächen der Landesregierung über Beratung nach den Landesrichtlinien sei regionales Einvernehmen erreicht worden. Wenn jetzt noch Städte und Kreise mitmachten, sei langfristig ein wohnortnahes plurales, ergebnisoffenes Beratungsangebot gesichert. Die Chancen stünden gut. Jetzt könnten Kapazitäten der Nachfrage entsprechend aufgeteilt werden. Die Träger sollten auch Beratungskräfte nichtdeutscher Herkunft einstellen. Über den CDU-Antrag könne sie sich nur wundern, weiter katholische Beratungsstellen zu fördern, die aus dem gesetzlichen System ausstiegen. Auf welchem Stern die CDU lebe, fragte sie und erklärte, in NRW sollten Frauen nicht als hilflose Individuen gesehen werden, unfähig zu eigener Entscheidung und mit einem bischöflichen Almosen zum Austragen der Schwangerschaft bewegt.

Beratungsstellen, die abbruchwillige Frauen wegschickten, seien überflüssig.

**Frauenministerin Birgit Fischer** (SPD) sah positive Ansätze im CDU-Antrag und Schritte in die richtige Richtung, die sie bereits gegangen sei. Der Ausstieg der katholischen Kirche aus dem gesetzlichen System sei in NRW nun verankert. Die Konsequenzen müsse diese tragen. Dem Bischof von Limburg, der den möglichen Verbleib aufzeige, gebühre Respekt. Im Bistum Paderborn klagten alle sechs katholischen Träger gegen die Ablehnung der Förderung. Aber der Anspruch bestehe nur bei ganzheitlichem Angebot. In NRW entstehe ein umfassendes Beratungsangebot. Die ungewöhnliche Bereitschaft der evangelischen Kirche habe die staatliche Förderung von Donum Vitae möglich gemacht. Das Land stelle Hilfe für Frauen in Konfliktsituationen über die Bedenken und unternehme eine große finanzielle Kraftanstrengung. Das Datenmaterial werde aufgebaut. Präventive Arbeit müsse ausgebaut werden. Die Förderrichtlinien sollten weiterentwickelt werden. Die Ministerin dankte allen Beteiligten, auch für Diskussionsbeiträge.

**Ursula Monheim** (CDU) fand es erfreulich, dass Donum Vitae so rasch die Lücken durch den Ausstieg der katholischen Kirche füllen könne und danke auch dem Ministerium für zügige Handhabung. Sie sah jedoch einen Rechtsanspruch auf staatliche Förderung auch ohne Scheinabgabe. Die katholischen Stellen hätten zu 70 Prozent allgemeine Beratungsarbeit geleistet, die auch zum gesetzlichen Auftrag gehöre. Das Gesetz sei ein Lebensschutzgesetz, wofür fachliche Beratungsqualität notwendig sei. Für NRW seien 449 Kräfte erforderlich. Unter den 399 vorhandenen seien nur 126 Vollzeitkräfte. Ärztinnen und Ärzte seien für Konfliktberatung nicht ausgebildet. Auf die jetzt nicht mehr geförderten 113 katholischen Beratungsfachkräfte könne nicht verzichtet werden.

**Renate Drewke** (SPD) erklärte, Politik könne nicht den Konflikt innerhalb der katholischen Kirche regeln, der bis heute nicht beigelegt sei. Das Land sei gut beraten, sich da rauszuhalten. Es habe objektive Kriterien, nach denen alle Träger ergebnisoffener Beratung gefördert würden. Dabei werde auch die persönliche Weltanschauung und religiöse Ausrichtung der Frau berücksichtigt.

**Dr. Jana Pavlik** (FDP) bekundete Schwierigkeiten mit der Antragsforderung, die Erfahrungen der katholischen Beratungsstellen weiter zu nutzen. Die Qualität sei unbestritten. Der Limburger Kompromiss zeige die richtige Richtung. Von 35 000 Caritas-Beratungen im Vorjahr seien nur 5 500 Konfliktberatungen gewesen. Die Entscheidung über den Widerspruch gegen Ablehnungsbescheide sei abzuwarten. Abtreibung als Problemlösung müsse eigentlich überflüssig werden.

**Ministerin Fischer** (SPD) widersprach der Ansicht, es bestehe ein Rechtsanspruch auf Förderung, da in katholischen Beratungsstellen dem Gesetz nicht voll entsprochen werde. Leistung und Wert bestätige sie ausdrücklich. Jetzt würden 117 Stellen neu in die Förderung aufgenommen, weitere teilweise angerechnet, aber nicht gefördert.

**Holger Ellerbrock** (FDP) begründete den Antrag mit der Darstellung von mehr als zwölf Gebieten für flächenintensive Großvorhaben im Landesentwicklungsplan VI und ausbleibenden Ansiedlungen trotz großer Bemühungen. Auf diesen Gebieten sei die Besitzstruktur stark zersplittert. Es müsse auch mehr für Verkehrsanbindung und äußere Erschließung getan werden. Durch extensive Weidewirtschaft würden die Plangebiete ökologisch immer wertvoller, dadurch teurer wegen Ausgleichsmaßnahmen. Der Landtag solle die Landesregierung unterstützen, die Gebiete attraktiver zu machen.

**Klaus Strehl** (SPD) hielt die FDP-Forderungen für nicht geeignet, den Wirtschaftsstandort zu stärken. Voraus-Verträge mit Eigentümern bedeuteten mehr Staat. Erschließung unabhängig von künftiger Nutzung führe zu Fehlplanungen. Eine Festlegung des ökologischen Ausgleichswerts setze vollständigen Flächenverbrauch voraus. Ziel der Staatskanzlei bei künftiger Raumordnung sei dagegen mehr Flexibilität. Das Landesplanungsrecht solle novelliert werden. Für den Ausgleich solle ein Ökokonto eingeführt werden.

**Hubert Schulte** (CDU) sprach die Standortsuche für einen neuen BMW-Betrieb an, der Schwächen des heutigen Vorgehens aufgezeigt habe. Firmen-Ansiedlungen seien heute eilbedürftig. 71 Eigentümer wie bei Euskirchen seien ein unkalkulierbares Risiko, das Investoren abschrecke. Eine vernünftige Verkehrsanbindung von Flächen in Ballungsrändern müsse frühzeitig geplant, ja sogar schon gebaut werden. Auch Neid unter NRW-Kommunen sei hinderlich.

**Johannes Rimmel** (GRÜNE) äußerte sich erstaunt über die Diskussion, da es keinen Bedarf an Großansiedlungen mehr gegeben habe. Voraus-Verträge mit Eigentümern seien auch wegen der Mitnahme erwarteter Wertsteigerungen illusorisch. Infrastruktur sei in NRW vorhanden. Planungsfehler in den neuen Ländern, aber auch in NRW führten zu Leerständen bei Gewerbeflächen. Ein Öko-Konto sei nicht möglich. Probleme gebe es im Freiraumschutz und bei Flächen mit Altlasten. Da werde angesetzt und müsse mehr getan werden.

**Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold** (SPD) empfahl, bei vorsorgender Planung alle Gesichtspunkte und Risiken zu berücksichtigen. Die Staatskanzlei bereite einen Landesplanungsbericht vor, in dem Industrie- und Gewerbeflächenpolitik eine wichtige Rolle spielen werden. Ein geeignetes Flächenangebot sei von elementarer Bedeutung. Vom Kirchturmdenken müsse man wegkommen und interkommunal planen. Den ökologischen Wert könnten Machbarkeitsstudien bestimmen, Ausgleichspflichten könnten angepasst werden. Die konkreten FDP-Forderungen seien infrage zu stellen.

**Heinrich Kruse** (CDU) hielt den Antrag für konstruktiv und sehr diskussionswürdig. Zu langfristiger Grundstückspolitik gehöre ebensolche Naturausgleichspolitik. Ein Öko-Konto sei dringend notwendig. Von der starren Eingriffs- und Ausgleichsregelung müsse man wegkommen. Ein Umraum von Städten ohne Landwirtschaft stehe im Gegensatz zur Regionalisierung der Lebensmittelversorgung. Arbeit, Wirtschaft

## Ansiedlung flächenintensiver Großvorhaben

### Raumordnung mit neuen Ideen vernetzen

*Der Landtag überwies den FDP-Antrag „Chancen für den Wirtschaftsstandort NRW verbessern; Grundstücke für die Ansiedlung ‚flächenintensiver Großvorhaben‘ tatsächlich verfügbar machen“ (Drs. 13/618) nach der Aussprache am 24. Januar an den Unterausschuss (federführend) und zur Mitberatung an die Ausschüsse für Kommunal-, Städtebau- und Wirtschaftspolitik.*

und Umwelt sollten in NRW mit neuen Ideen vernetzt werden.

**Dr. Thomas Rommelspacher** (GRÜNE) sah kein klares Ziel im FDP-Antrag und korrigierte, im Landesentwicklungsplan seien 28 Flächen für Großvorhaben ausgewiesen. Fast alle Kraftwerksvorratsflächen seien

schnell mobilisierbar, da Einzeleigentum. Der Grundstücksfonds erfasse 2200 Hektar. Auch gebe es kommunale Bestände und Reserven der Altindustrien. Das Problem seien der fehlende Konsens und die hektische Konkurrenz in NRW gewesen, nicht fehlende Flächen oder überzogene Umweltstandards.

### Studium: Betreuungsplätze für Kinder werden gefördert

In ihrer Kleinen Anfrage wollten die Abgeordneten Manfred Kuhmichel und Thomas Kufen (beide CDU) von der Landesregierung wissen, wie diese die Situation der Studierenden mit Kindern hinsichtlich der mangelnden Versorgung mit Kindergartenplätzen am jeweiligen Hochschulstandort beurteile und welche Maßnahmen zur Lösung dieses Problems geplant seien. In ihrer Antwort betonte die Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung, Gabriele Behler (SPD), der Landesregierung sei bewusst, dass Eltern oder Alleinerziehende zur Erhaltung der wirtschaftlichen Existenz bzw. zur Durchführung ihres Studiums oft dringend auf einen Kinderbetreuungsplatz,

insbesondere für Kinder unter drei Jahren, angewiesen seien. Aus diesem Grund seien neben dem Ausbau von Kindergartenplätzen zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz auch der Ausbau an Angeboten für Kinder unter drei Jahren ständig fortgeführt worden. Die Ministerin wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass vom Land in der Zeit von 1992 bis 1999 insgesamt Fördermittel für 7044 Plätze für Kinder unter drei Jahren bereitgestellt, aber nur für rund ein Drittel der Plätze abgerufen worden seien. Mit Sicht auf die Universitäten Duisburg, Essen und Wuppertal, welche über keinerlei Kinderbetreuungseinrichtungen verfügten, betonte die Ministerin, es liefen Bestrebungen, auch dort Kinderbetreuungsplätze, insbesondere für Kinder unter drei Jahren, zu schaffen (Drs. 13/535).



### Schornsteinfeger wünschten Glück

*Beim traditionellen Neujahrsempfang des Zentralverbandes Deutscher Schornsteinfeger e.V., einem gewerkschaftlichen Fachverband, wünschten die Herren in schwarzer Montur und mit Zylinder dem Präsidenten des Landtags und über ihn dem gesamten Parlament viel Glück für die politische Arbeit im Jahr 2001. Als Präsent hatten sie einen Kalender mit Bildern aus ihrerunft mitgebracht. Das Foto zeigt v.l. Michael Avramopoulos vom Landesvorstand, Landtagspräsident Ulrich Schmidt, Rainer Wulfmeier, ebenfalls vom Landesvorstand, sowie den Landesverbandsvorsitzenden Torsten Wagner.*

Foto: Schälte

## Naumann, Nida-Rümelin und die Kulturhoheit der Bundesländer

Die Kulturhoheit der Länder sei für ihn „Verfassungsfolklore“ – diese Äußerung des ehemaligen Berliner Staatsministers Michael Naumann war für die CDU Anlass für einen Antrag an den nordrhein-westfälischen Landtag unter dem Titel „Naumanns Wahn oder produktive Debatte – Hände weg von der Kulturhoheit der Länder!“ (Drs. 13/415), den der Landtag einstimmig an den Kulturausschuss überwiesen hat.

Richard Blömer (CDU) stellte klar, für ihn gehe diese Äußerung zu weit; sie sei nicht hinzunehmen. Der Wechsel der Regierung von Bonn nach Berlin habe den Föderalismus geschwächt, stärke offenbar die zentralistischen Tendenzen. Zudem beabsichtige der Bund, im Widerspruch zum Berlin/Bonn-Gesetz, die Zuweisungen an die Bundesstadt Bonn im Bereich der Kultur bis 2004 um 145 Millionen Mark zu kürzen. Die Landesregierung solle im Interesse der Rhein-Schiene hart bleiben. Im Interesse des Föderalismus müsse man zusammenstehen.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) glaubte nicht, dass sich die Debatte nach Naumanns Weggang von selbst erledigen werde, vielmehr trete sie mit seinem Nachfolger und dessen „bundesstaatlicher Kulturordnungspolitik“ in die zweite Runde. Der Nachfolger, Professor Nida-Rümelin, sei viel gefährlicher, sagte sie. Die Länder wollten die Kulturhoheit behalten; darum gebe es keinen Bedarf für ein Bundesministerium für Kultur. Wenn überhaupt, dann gehöre Nida-Rümelin als Staatssekretär ins Auswärtige Amt.

Oliver Keymis (GRÜNE) rühmte Naumanns Erfolg, die Kulturpolitik während seiner Amtszeit zu einem staatstragenden Thema gemacht zu haben. Neben der Bundeskulturpolitik gebe es einen „riesigen Rest“, und der sei und bleibe Sache der Länder. Keymis: „Die Kulturpolitik wird zuerst in den Kommunen, dann in den Ländern und endlich neuerdings auch mit wirklich guten Gründen im Bund gemacht“, sagte der Abgeordnete.

Manfred Böcker (SPD) fand, der Antrag habe wenig Substanz. Der Staatsminister a. D. verdiene Respekt und Achtung für die Fortschritte, die die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (Böcker: „Ein gutes Beispiel föderalistischer Kulturpolitik“) inzwischen gemacht habe. Die Debatte heute sei unnötig, es gebe im Kulturbereich wichtigere Dinge, über die zu sprechen sei. Er sehe die Gefahr, dass mit der von der CDU losgetretenen Debatte die Bonn-Förderung bloß zerredet werde.

Kulturminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) lobte, Naumann habe der Kulturpolitik im Bund ein Gesicht gegeben: „Das war bitter notwendig.“ Von den Kulturausgaben in dieser Republik brächten 52 Prozent die Gemeinden, 45 die Länder und der Bund „winzige“ drei Prozent auf. Da brauche man keine Angst zu haben, besänftigte der Minister: „Der Föderalismus ist viel zu stark.“ Allerdings sollte der Bund sich viel stärker engagieren.



## Befehlshaber im Wehrbereich III besucht Landtag

Der Befehlshaber im Wehrbereich III, Nordrhein-Westfalen, und Kommandeur der 7. Panzerdivision, Generalmajor Jürgen Ruwe (r.), hat dem Landtag einen Antrittsbesuch abgestattet und ist von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (l.) empfangen worden. Fotos: Schälte

## Kaffee und Kuchen für Kinderprinz und die junge Lieblichkeit

Das Kinderprinzenpaar des KKV 2000/2001 aus Kamp-Lintfort, Prinz Björn I. mit ihrer Lieblichkeit Bianca II. (Mitte), hat auf Einladung des SPD-Abgeordneten Wolfgang Roth den Landtag besucht und ist mit Gefolge von Landtagspräsident Ulrich Schmidt empfangen worden. Die Jugendlichen, zwischen zwölf und 14 Jahren alt, eröffneten damit die närrische Session im Parlament. Zum Gefolge des Kinderprinzenpaares gehörten zwei Adjutantinnen und ein Adjutant, begleitet von Jugendwartin Ulrike Strauß und dem Schatzmeister der Jugendabteilung, Wolfgang Strauß. Auch Biancas Mutter Silvia und Vater Ralf Borkenhäuser waren dabei. Nach dem Empfang beim Präsidenten verhalf der Besucherdienst des Landtags zu einem Rundgang durchs Haus. Danach gab es Kaffee und Kuchen im Restaurant des Parlaments.



## Hauptausschuss erörtert bei Haushaltsberatung Einzelplan des Ministerpräsidenten

# Schwerpunkt liegt auf Medien und Telekommunikation

Der Hauptausschuss des Landtags unter der Leitung seines Vorsitzenden Edgar Moron (SPD) hat bei seinen Haushaltsberatungen am 18. Januar auch den Einzelplan 02 des Ministerpräsidenten beraten.

Erstmals ist in diesem Einzelplan das Kapitel Kirchen veranschlagt, in dem das Verhältnis des Landes zu Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen seinen haushaltsmäßigen Niederschlag findet. Die Gesamtausgaben dieses Kapitels betragen im Jahr 2001 rund 48,3 Millionen Mark. Zur Abwicklung einer Rechtsverpflichtung aus dem Vorjahr sind 2,25 Millionen Mark für den Neubau einer Synagoge der jüdischen Gemeinde Wuppertal veranschlagt.

### Film- und Fernsehinfrastruktur

Wie für die Staatskanzlei, Leitender Ministerialrat Bernhard Nebe, im Hauptausschuss mitteilte, bildet den eindeutigen politischen Schwerpunkt des Einzelplans des Ministerpräsidenten das Kapitel Medien- und Telekommunikation. Für die Förderung und Entwicklung des Medienlandes Nordrhein-Westfalen sind rund 61,5 Millionen Mark vorgesehen, rund 4,8 Millionen Mark mehr als im Vorjahr. Hinzu kommen weitere rund 21,5 Millionen Mark durch Verlagerung von TPW-Mitteln (Technologieprogramm Wirtschaft) aus dem Einzelplan des Wirtschaftsministers, auf den die Staatskanzlei schon bisher Zugriff hatte. Die politische Schwerpunktsetzung findet ihren Niederschlag in der Förderung der Film- und Fernsehinfrastruktur. Hierfür sieht der Regierungsentwurf eine Erhöhung um rund 6,7 Millionen Mark vor. An Zuschüssen zur Fortentwicklung des Film- und Fernsehstandortes Nordrhein-Westfalen sind im Ansatz 2001 zusammen 15,199 Millionen Mark vorgesehen. Das sind 1,299 Millionen



Vor Beginn der Sitzung: Vorsitzender Edgar Moron (SPD, r.) im Gespräch mit der Parlamentarischen Geschäftsführerin der FDP-Fraktion, Marianne Thomann-Stahl (l.). In der Mitte der Staatssekretär im Innenministerium, Wolfgang Rlotte.  
Fotos: Schälte

Mark mehr als im Ansatz 2000. Ziel der Projekte ist nach Angaben der Staatskanzlei die Sicherung und Beschleunigung des Wachstums in der nordrhein-westfälischen Film- und Fernsehbranche. Wie der Sprecher berichtete, sei an den konkurrierenden Produktionsstandorten München, Berlin und Hamburg die film- und fernsehwirtschaftliche Infrastruktur über mehrere Jahrzehnte hinweg kontinuierlich auf- und ausgebaut worden. Demgegenüber habe es in Nordrhein-Westfalen bis in die zweite Hälfte der 80er-Jahre nur eine gering entwickelte Film- und Fernsehbranche gegeben. Jetzt gelte es, in der drastisch verschärften Konkurrenz zwischen den Medienstandorten in Europa das Land Nordrhein-Westfalen wei-

ter auf einem Spitzenplatz zu positionieren. Als besonders förderungswürdig werden Projekte auf dem Gebiet neuer Film- und Fernsehstechniken, Maßnahmen zur Exportförderung von nordrhein-westfälischen Film- und Fernsehproduktionen sowie Qualifizierungsvorhaben im Film- und Fernsehbereich angesehen. Für Geschäftsbesorgungen durch die Filmstiftung und die Internationale Filmschule Köln sind 8,4 Millionen Mark veranschlagt, 5,6 Millionen Mark mehr als 2000. Diese Erhöhung geht im Wesentlichen zurück auf die geplante Finanzierung der Internationalen Filmschule Köln GmbH, für die 5,1 Millionen Mark im Jahr 2001 veranschlagt sind. Bernhard Nebe begründete das Vorhaben damit, anders als in München, Berlin/Brandenburg oder Hamburg gebe es in Nordrhein-Westfalen bis heute keine gebündelte und praxisnahe Ausbildung für Film- und Fernsehfachkräfte auf Hochschulniveau. Da die Qualifizierung der jeweiligen Fachkräfte vor Ort zum entscheidenden Erfolgsfaktor im Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte geworden sei, müsse Nordrhein-Westfalen hier dringend einen gewichtigen Wettbewerbsnachteil ausgleichen. Weil in NRW bis heute keine Film- und Fernsehhochschule existiere, wanderten die nordrhein-westfälischen Film- und Fernseh Talente häufig zum Studium an Konkurrenzstandorte ab und gründeten dort später ihre Unternehmungen. Diesen „brain drain“ gelte es, umgehend zu stoppen.

Bei der Aussprache wollte der Sprecher der CDU-Fraktion, Werner Jostmeier, wissen, wie sich die Situation mit dem Call-Center inzwischen darstelle. Nebe, Leiter der Abteilung Recht und Verwaltung in der Staatskanzlei, verwies darauf, man habe einen ausführlichen Bericht vorgelegt und darin deutlich gemacht, dass man mit dem neuen Call-Center nach den Anlaufschwierigkeiten sehr zufrieden sei. Die vorläufige Beauftragung des Betreibers sei daher in einem Fünfjahresvertrag bestätigt worden.



Interfraktioneller Austausch: die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Sylvia Löhrmann (r.), im Gespräch mit dem stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Lothar Hegemann (vorne). In der hinteren Reihe v.l. die SPD-Abgeordneten Vera Dedanwala, Dorothee Danner, Stephan Gatter und Hans Frey.

## Ministerin: Besonders Familien mit Kindern geraten in die Schuldenfalle

*Unter der Leitung der stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, Marlies Stotz (SPD), hat der Ausschuss am 18. Januar unter anderem den Antrag der Fraktion der CDU „Landesregierung muss Verbraucherinsolvenzen endlich auf gesicherte Grundlagen stellen“ (Drs. 13/413) beraten.*

Familienministerin Birgit Fischer (SPD) berichtete, nach einem Gutachten der Bundesregierung seien vor allem Familien mit Kindern (43 Prozent der überschuldeten Haushalte) und Haushalte im mittleren Lebensalter – 56 Prozent der Überschuldeten seien zwischen 20 und 40 Jahre – überrepräsentiert. Drastisch angestiegen seien auch die Haushalte mit einer Verschuldung über 50 000 Mark: Im Jahr 1988 hatten nur 18 der Stichprobe Schulden in dieser Größenordnung, 1999 seien es bereits 42 Prozent gewesen. Fast 14 Prozent der Schuldner hatten 16 und mehr Gläubiger.

Bernhard Tenhumberg (CDU) interessierte, ob nach Auffassung des Ministeriums auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungswerte der Bedarf mit den 88,5 bewilligten Stellen gedeckt sei. Dr. Robert Orth (FDP) bedauerte, dass zwischen der Gruppe der Gewerbetreibenden und den Verbrauchern getrennt werde. Nach seiner Auffassung benötigten beide Gruppen in einer Notlage gleichermaßen soziale Betreuung und müssten die Chance bekommen, ohne Stigmatisierung sich ihrer Schulden zu entledigen. Die Ministerin stellte dazu klar, dass auch Gewerbetreibende, die nach der neuen Regelung direkt in das Insolvenzverfahren gehen könnten, soziale Beratung in Anspruch nehmen können. Dieser Bedarf werde, so erinnerte die Ministerin, allerdings von den Schuldnerberatungsstellen abgedeckt. Die Insolvenzberatung als solche entfalle dann. Die Ministerin fuhr fort, es sei zutreffend, dass es über die bereits geförderten Stellen hinaus weiteren Beratungsbedarf gebe: der sei aber noch nicht genau zu beziffern. Die Zahl der Familien steige, die mit kleineren Summen verschuldet sind, die für sie persönlich von großer Tragweite seien. Diesen Familien müsse schnellstens mit einem entsprechenden Beratungsangebot geholfen werden. Auch vor diesem Hintergrund werde sich der Beratungsbedarf erhöhen.

### Bis zu acht Monate Wartezeit

Tenhumberg betonte, auch heute gelte noch, dass in den klassischen Schuldnerberatungsstellen die Wartezeiten zu lang seien. Trotz der 88,5 Stellen beliefen sie sich auf sieben bis acht Monate. Deshalb sei die kommunale Leistung – Stichwort Unterstützung durch die Sparkassenfonds – bei der Schuldnerberatung nach wie vor gefordert. Er verlangte die Wartezeiten zu reduzieren. In seinen Augen sei eine auf drei Jahre angelegte Versuchsphase deshalb zu lang. Er machte deutlich, dass die Beratungsstellen überdies auf die von der Landesregierung vorzuziehenden verlässlichen Rahmendaten warteten. Ihn interessiere besonders, ob die Landesregierung von Pro-

blemen bei der Wahrnehmung der Treuhänderfunktion wisse. Besonders interessant finde er, wer den mit erheblichen Kompetenzen ausgestatteten Treuhänder kontrolliere. Dem Vernehmen nach sei es mitunter zu einer willkürlichen Ausübung der Befugnis auf Seiten der Treuhänder gekommen: Aus welchen Berufsgruppen rekrutierten sich die Betreuer?

Die Leitende Ministerialrätin Graf-Schlicker (Justizministerium) erläuterte, das Insolvenzgesetz werde in den nächsten Tagen im Bundestag beraten. Zu dem Kernanliegen des Gesetzentwurfes gehörten die Umsetzung des Stundungsmodells sowie die Reduzierung der Kosten. Dies solle zum einen über die Nutzung des Internets geschehen, zum anderen dadurch, dass Gläubiger in Zukunft mit einem geringeren Umfang an Unterlagen versorgt würden. Es handle sich dabei um ein Vermögensverzeichnis. Die Gläubiger würden analog zum Regelin-solvenzverfahren darauf hingewiesen, dass sie in die sie betreffenden Vorgänge bei Gericht Einsicht nehmen könnten. Die Sprecherin wies darauf hin, dass nachdem das für Insolvenzsachen NRW zuständige Oberlandesgericht Köln aufgrund seiner Praxis die Zulässigkeit von Null-Plänen nicht mehr anzweifle, dieses Verfahren inzwischen auf Grund einer analogen Handhabung in anderen OLG-Bezirken bundesweit auch nicht mehr in Frage gestellt werde.

In Nordrhein-Westfalen würden die Treuhänderaufgaben überwiegend von den Personen wahrgenommen, die auch in der Vergangenheit bereits Insolvenzfälle bearbeitet hätten. Der Insolvenzverwalter bzw. Treuhänder unterliege letztendlich ohnehin der gerichtlichen Aufsicht. Soweit es um die Einbehaltung des Pfändungsfreibetrages gehe, verweise sie auf die bevorstehende Novellierung der Pfändungsfreigrenzen. Der Mindestpfändungsfreibetrag werde an das Existenzminimum angeglichen.

Der Ausschuss verständigte sich darauf, das angesprochene Gutachten des Bundesfamilienministeriums in seine Beratung einzubeziehen und den Antrag der Fraktion der CDU in der übernächsten Sitzung abschließend zu beraten.

## Parlament will mit entscheiden

In der letzten Sitzung des Medienausschusses (Vorsitzende Claudia Nell-Paul, SPD) hat der Leiter der Staatskanzlei, Staatssekretär Georg Wilhelm Adamowitsch, im Verlauf der Debatte über die Medienpolitik der 13. Wahlperiode erklärt, die Landesregierung beabsichtige nicht, den scheidenden Sprecher der Landesregierung, Klaus Klenke, zum Geschäftsführer der noch zu gründenden Media GmbH zu ernennen. Die Ausschussmitglieder wiesen im Zusammenhang mit dieser Gründung auf ihr elementares Interesse hin, dass vor einer Regelung die Kontrollrechte des Parlaments respektiert werden.

## „Junge Menschen nicht im Protest gegen rechts entmutigen“

*Im Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform unter Vorsitz von Klaus Stallmann (CDU) am 18. Januar haben sich die Fraktionen der CDU und der GRÜNEN nach dem Ablauf einer Demonstration gegen rechte Gewalt mit rund 600 Teilnehmern am 16. Dezember des Vorjahres in Dortmund erkundigt („Dortmunder Kessel“).*

An diesem Tag waren nach Auskunft des Innenministeriums rund 3000 Polizeibedienstete im Einsatz. Nach Ende der Veranstaltung war es zu Übergriffen gekommen. Darum wurden zahlreiche Jugendliche von der Polizei eingekesselt. Zur Feststellung der Personalien von Straftätern vor Ort und im Polizeipräsidium vergingen bis zur Entlassung der letzten Teilnehmer viele Stunden, zum Teil bis nach Mitternacht. Dagegen protestierten viele Eltern mit ihren Kindern, die diesen Polizeieinsatz als nicht verhältnismäßig empfanden.

Monika Düker (GRÜNE) erkundigte sich auch nach der Zahl der eingegangenen Strafanzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden und danach, ob friedliche Demonstranten von Polizeikräften in den Kessel gedrängt wurden. In diesem Falle und schon wegen der langen Dauer der polizeilichen Maßnahmen sah sie das Demokratieverständnis der Jugend in Gefahr.

Jürgen Jentsch, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, fügte hinzu, es sei bedauerlich, dass sich von demokratischen Kräften zum Aufstand gegen rechts und zum Einsatz für den Rechtsstaat ermunterte Kinder anschließend in polizeilichem Gewahrsam wiederfänden. Es reiche auch nicht, wenn vom Polizeipräsidenten anschließend Gespräche angeboten würden. Es sei unstrittig, dass Steinwerfer verfolgt werden müssten. Aber die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel sei in diesem Falle ebenso berechtigt wie auch die nach anderen Möglichkeiten erkennungsdienstlicher Maßnahmen angesichts der modernen Technik. Bedenken hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit, Notwendigkeit und Dauer erkennungsdienstlicher Maßnahmen äußerten auch Frank Baranowski und Hans-Peter Meinecke – beide SPD – sowie Tanja Brakensiek (CDU).

Innenminister Fritz Behrens (SPD) erklärte, die Frage, ob in jeder Situation richtig gehandelt worden sei, könne zurzeit nicht beantwortet werden. Auch ihm schein die Dauer des Geschehens zu lang und damit nicht mehr verhältnismäßig, und schon die große Zahl von eingekesselten Demonstranten lasse Zweifel zu. Anlass zu persönlichen Konsequenzen gebe es nicht. Die Schwierigkeiten bei solchen Anlässen resultieren nach seinen Erkenntnissen daraus, dass in vielen Situationen Demonstranten nicht oder nicht rechtzeitig erkennen, wo die ursprünglichen Ziele ins Gegenteil verkehrt werden, wo Rechtmäßigkeit in Unrecht umkippe. Man dürfe aber junge Menschen nicht entmutigen, gegen rechts aufzustehen, stellte Behrens fest. *Wolfgang Fröhlecke*

## Koalition lehnt FDP-Antrag zu Internet-Senioren ab: „Überholt“

In der Sitzung des Medienausschusses unter Leitung der Vorsitzenden Claudia Nell-Paul (SPD) am 19. Januar lehnten die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN bei Enthaltung der CDU den FDP-Antrag „Senioren ans Netz – Maßnahmenbündel zur Stärkung der Medienkompetenz von älteren Menschen“ (Drs. 13/367) ab.

In ihrem Antrag forderte die Fraktion der FDP die Landesregierung dazu auf, umgehend die Initiativen zur Stärkung der Medienkompetenz von Senioren ressortübergreifend zu verstärken. Dazu sollten geeignete Schüler gewonnen werden, die als „lehrende Schüler“ interessierten Senioren einen Einstieg in neue Informations- und Kommunikationstechnologien geben sollten. Zudem sollte das Land Nordrhein-Westfalen Internet-Cafés in Einrichtungen der Altenhilfe verstärkt fördern und die Landesregierung für zielgruppenorientierte Orientierungsveranstaltungen eine dem Webmobil NRW vergleichbare Maßnahme für Senioren entwickeln. Des Weiteren sei auch ein neues Forschungsprogramm für die Entwicklung bedienfreundlicher Software auszuschreiben.

Der FDP-Abgeordnete Dr. Stefan Grüll betonte die Gefahr einer Zweiklassengesellschaft. Da es älteren Menschen schwer falle, den Zugang zu neuen Informations- und Kommunikationstechnologien zu finden, müsse man rechtzeitig Konsequenzen ziehen. Das Internet könne älteren Menschen auch das Leben vereinfachen, zum Beispiel bei körperlich behinderten Menschen. Er bekräftigte die Forderung der Fraktion der FDP, junge Menschen in die Rolle der Lehrenden zu versetzen, um die Distanz bei älteren Menschen zu den neuen Medien nicht größer werden zu lassen. Es gehe insbesondere darum, ein Angebot für ältere Menschen zu schaffen und den Senioren die Möglichkeit des Zugangs zum Internet zu geben. Außerdem gehe es auch um den Dialog zwischen den Generationen. Durch die Initiativen der Landesregierung würden nur Teilaspekte angegangen. Die Schritte gingen zwar in die richtige Richtung, müssten aber „beherzter“ werden.

Dr. Frank Freimuth (SPD) erwiderte, die Diskussionen fänden bereits auf höherem Niveau statt und die Realität sei den Forderungen voraus. Außerdem gebe es bei der Zusammenarbeit zwischen jungen und alten Menschen Probleme; man könnte Schüler nicht so einfach in die Rolle von Lehrenden versetzen. Er wies darauf hin, dass die Initiative Senioren Online (SOL) bereits an Entwürfen arbeite. Da die Forderungen längst überholt seien, könne die Fraktion der SPD dem FDP-Antrag nicht zustimmen. Für die CDU erklärte Lothar Hegemann, viele der im Antrag der FDP angesprochenen Dinge seien richtig. Er wies auch darauf hin, dass es bei Senioren keine große Begeisterung gebe, ans Netz zu gehen. Folglich müsste die Akzeptanz für die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien erhöht werden und die Hemmschwelle der alten Menschen überwunden werden. Ältere Menschen müssten ans Netz gebracht werden, dies ginge jedoch nicht nur mit Geld. Außerdem müssten die Initiativen an Schu-

len Priorität haben. Sein Fraktionskollege Werner Jostmeier ergänzte, dass die Sprache die angesprochene Hemmschwelle erheblich erhöhe. Es würden häufig Kunstwörter benutzt, die es in der englischen Sprache gar nicht gebe, um den angebotenen Produkten einen modernen Touch zu verleihen. Dr. Frank Freimuth (SPD) bestätigte, die hohe Priorität der Schulen sei eine gute Sache. Dr. Stefan Grüll (FDP) wandte ein, es könnte nicht sein, dass man sich zwischen Senioren oder Bildung entscheiden müsste. Oliver Keymis (GRÜNE) war der Meinung, der Zugang zur Technik müsste in deutscher Sprache formuliert werden. Es gebe bei älteren Menschen Hemmungen, sich mit moderner Technik auseinander zu setzen,

was mit „Feindlichkeit“ aber nichts zu tun habe. Das eigentliche Problem liege aber darin, dass ältere Menschen generell mit Technik, wie zum Beispiel mit Videorecordern, Schwierigkeiten hätten. Die Zielrichtung des Antrags werde unterstützt, jedoch sei er überflüssig und überholt. Hermann-Josef Arentz (CDU) wies darauf hin, dass es noch keinen Zwischenbericht der Landesregierung gebe und man folglich noch am Anfang stehe. Der Fortschritt sei also eine „Schnecke“. Wenn der Erfahrungsbericht vorliege, sei zusammen mit dem Arbeitsausschuss Anfang kommenden Jahres eine Anhörung durchzuführen, um so öffentlichkeitswirksam einer „informatiellen Zweiklassengesellschaft“ entgegenzuwirken.

Die Ausschussvorsitzende Claudia Nell-Paul stellte abschließend fest, dass das Thema Senioren ans Netz für den Ausschuss wichtig sei und darum weiter verfolgt werde.

Philipp Kolb



**Einblick** in Funktion und Arbeit eines Parlaments bietet seit längerem der Landtag Nordrhein-Westfalen an. In mehrwöchigen Praktika erhalten Schüler, Studierende und Referendare Gelegenheit, die verschiedenen Bereiche des Parlamentsbetriebs aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Auch der Zweig „Öffentlichkeitsarbeit“ stößt bei den jungen Leuten immer wieder auf Interesse: Hier sind es die beiden Praktikanten Milena Müller (r.) und Philipp Kolb (l.), die für „Landtag intern“ vor kurzem eine Anhörung des Wissenschaftsausschusses verfolgt haben und vor Beginn der Sitzung vom Ausschussvorsitzenden Joachim Schultz-Tornau (M.) willkommen geheißen worden sind.

Foto: Schälte

## Frühpensionierungen in der Lehrerschaft

Das Durchschnittsalter von Lehrkräften bei Eintritt in den Ruhestand hat sich seit etwa 20 Jahren nicht verringert und unterscheidet sich auch nicht signifikant von dem der übrigen Bediensteten des Landes. Eine Festlegung quantitativer Zielgrößen zur Bekämpfung der Zahl der Frühpensionierungen ist nicht möglich, „da das Antragsverhalten der Bediensteten durch sehr individuelle Gegebenheiten bestimmt und nicht prognostizierbar ist“. Dies erklärt unter anderem die Ministerin für Schule, Wissenschaft und Forschung, Gabriele Behler (SPD), in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage „Frühpensionierungen in der nordrhein-westfälischen Lehrerschaft“ (Drs. 13/360) des FDP-Abgeordneten Ralf Witzel. Nach Angaben der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW), so der Abgeordnete, würden rund 73 Prozent der Lehrer

vorzeitig zur Ruhe gesetzt. Zudem hätten sich die dienstrechtlichen Regelungen, die zur Abmilderung dieser Entwicklung getroffen worden wären, „erwartungsgemäß als heißer Wind erwiesen“, wie die Gewerkschaft meine. Der Verband für Bildung und Erziehung (VBE) sei der Auffassung, dass sich die Landesregierung zu wenig um die Gesundheit der Lehrer kümmere, da nur weniger als zwei Prozent der Lehrkräfte die gesetzliche Altersgrenze erreichen würden. Auch der Bericht des Landesamtes für Besoldung und Versorgung (LBV) weise aus, dass 1999 die Mehrzahl aller im Schuldienst Beschäftigten bis zum 60. Lebensjahr in den Ruhestand gegangen sei. Das alles, so Witzel, sei aus der Sicht der betroffenen Lehrer und Schüler, aber auch aus haushaltswirtschaftlichen Gründen „alarmierend“.

## Parlamentarische Gruppe Bahn neu konstituiert

Viele Abgeordnete aus drei Fraktionen folgten der Einladung von Manfred Hemmer (SPD), dem Vorsitzenden des Verkehrsausschusses, zur konstituierenden Sitzung der Parlamentarischen Gruppe Bahn (PG Bahn) am 22. Januar. Die Sitzung fand während einer Fahrt mit dem „Metropolitan“ nach Hamburg statt, wo auch die Hamburger Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft (HHLA) besichtigt wurde.

Als Ziel der interfraktionellen PG Bahn, die 1991 gegründet wurde, formulierte Vorsitzender Hemmer, „die Abgeordneten des NRW-Landtags verstärkt über Probleme, Planungen, Herausforderungen und Erfolge der DBAG zu informieren und sich dabei für die Interessen der Bahn im Parlament einzusetzen“. Nach der Bahnreform und der damit verbundenen Regionalisierung bestünden für das „Rad-Schiene-System“ große Zukunftschancen. Denn die Schiene könne pünktlicher, sicherer, bequemer und kostengünstiger sein als die Mitbewerber und die ökologische Bilanz positiv beeinflussen.

Als Vorsitzender der PG Bahn wurde Manfred Hemmer (SPD) in diesem Amt wieder und Günter Langen (CDU) zu seinem Stellvertreter gewählt. Weitere Vorstandsmitglieder: Heinz Hardt (CDU), Christof Rasche (FDP), Gerhard Wächter (CDU), Gerhard Wirth (SPD). In Abwesenheit wurden auch Peter Eichenseher (GRÜNE) und Charlotte Kann (SPD) zu Mitgliedern des Vorstands gewählt. 85 Landtagsabgeordnete aus allen vier Fraktionen meldeten sich als Mitglieder der PG Bahn an.

Für die bisherige und die künftige Unterstützung dankte Hemmer dem Geschäftsführer des Deutschen Verkehrsforums Elmar Haass, dem Beauftragten der Konzernlei-

tung der DBAG für NRW Wolfgang Maurer und den Geschäftsführern Harald Holler und Kai Rossmann. Als Teilnehmer begrüßte er ferner Staatssekretär Jörg Hennerkes (Verkehrsministerium), den Amtsvorgänger von Maurer Günther Lorenz, den früheren Chef des Flughafens Köln/Bonn Heinz Gombel und den früheren verkehrspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion Heini Hunger. Als Highlight im Programm dieses Jahres kündigte er eine Veranstaltung mit Bahnchef Hartmut Mehdorn im Landtag an (nach der Sommerpause, Termin steht noch nicht fest).

Für die Fahrt im VIP-Zug Metropolitan (Bild rechts) kamen Abgeordnete aus allen Landesteilen zu den drei rheinischen Abfahrtsbahnhöfen. Der Metropolitan verkehrt seit August 1999 versuchsweise als Tochterbetrieb der DBAG viermal täglich zwischen Köln und Hamburg. Ab Köln gibt es keinen „Unterwegsausstieg“ und ab Essen keinen Halt mehr. Der MET könnte innerdeutsche Flüge ersetzen, aber der Wettbewerb um Geschwindigkeiten unterhalb der jetzigen Fahrzeit von 3 3/4 Stunden Köln—Hamburg stößt an Grenzen des Schienennetzes und der eigenen Konkurrenz mit dem ICE. Im Preis von 198 Mark sind, so erläuterte die Service-Managerin, ein „Snack“ und Getränke wie im Flieger und Zeitungen enthalten, übrigens auch solche mit verheerenden Berichten über die Finanzmisere der DBAG. An jedem Platz befindet sich eine Steckdose, und sehr guter Handy-Empfang wird für Geschäftsreisende versprochen, während Ruhesuchende Kissen und Decke erhalten. Das Besondere: Das Innen-Ambiente des silbernen Zugs aus Birnbaumholz, gebürstetem Stahl und schwarzem Leder wurde mit einem Design-Preis ausgezeichnet. Einen Preis erhielt der Zug auch für den Service „an Bord“.

In Hamburg angekommen fuhr die Gruppe mit einem Bus durch das Speicher-Viertel und über die Köhlbrandbrücke zum Container-Terminal auf dem Burchard-Kai, einem der größten und modernsten Terminals der Welt, wie HHLA-Ingenieur Roth erläuterte. Auf dem „Bu’Kai“, einer Fläche so groß wie das Fürstentum Monaco, konnten die PG-Bahn-Mitglieder den satelliten- und radar-kontrollierten Lade- und Löschretrieb an



Ozeanriesen beobachten, zum Beispiel an einem Seeschiff aus Hongkong, das 2500 Container aufnehmen kann und von nur 12 Mann Besatzung „regiert“ wird. Täglich kommen auf dem Bu’Kai 2800 Container-beladene LKWs an und werden zügig von mehr als 100 „Van Carriern“ entladen. Diese Spezialfahrzeuge transportieren durchschnittlich zehn Container pro Stunde. Außer dem Umschlag betreibt die HHLA auch einen Lagerei-Service. „In manchen Containern sind bis zu hundert Kunden drin“, sagte Roth, um einerseits auf die Bandbreite des Lagerbetriebs, andererseits auf die codierte Liegeplatzanbindung hinzuweisen. Als modernste Entwicklung stellte er drei Riesenbrücken mit Zweikatz-System vor. Die HHLA fertigt täglich auch einige Züge ab, so Nonstop-Güterzüge aus Warschau, Budapest und Prag. Mit der Polnischen Staatsbahn betreibt die HHLA ein Gemeinschaftsunternehmen mit regelmäßigen Container-Ganzzügen zwischen Hamburg und Polen.

Nach der Busfahrt durch beeindruckende Berge von Containern im „Leerlager“ wurde die PG Bahn auf einem Salonschiff von HHLA-Vorstandsmitglied Drossel begrüßt. „Läuft uns Rotterdam den Rang ab?“ Auf diese Frage spitzte er seinen Kurzvortrag zu und erwähnte dabei auch den Rhein und die „Anlieger“ vom NRW-Landtag. Hamburg sei mit seiner Hinterland-Position dennoch sehr zufrieden, erklärte er und äußerte sich insgesamt optimistisch über die Zukunftschancen der HHLA: „Wir tun nichts gegen die Geografie und nichts gegen die Ökonomie“, lautete eine seiner einprägsamen Formulierungen. Zum Schluss hatte er drei „Harmomisierungs“-Wünsche „an die Politik“. Mit Trassenpreisen in der EU zwischen acht Pfennigen pro Zugkilometer in den Niederlanden und fünf Mark in Deutschland finde kein fairer Wettbewerb statt, ebenso wenig beim Roadpricing und bei Dieselkraftstoff. Staatssekretär Hennerkes stellte zum deutschen Hafenstädte-Streit kurz und bündig fest: „Es gibt keine Hafenpolitik des Bundes.“

Nach einer Hafenrundfahrt, die auch bei Dunkelheit eine eindrucksvolle Kulisse bot, gab es für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nur noch ein Thema, und zwar das Essen, denn das Schiff hatte nur Getränke gebunkert. Zur Rückfahrt wurde pünktlich wieder der MET und damit auch ein Snack, jedoch nicht von allen Abgeordneten mehr der Heimort erreicht.



PG-Bahn-Vorsitzender Manfred Hemmer (l.) neben HHLA-Vorstandsmitglied Drossel.

### Anhörung im Ausschuss für Europapolitik

## Öffentliche Daseinsvorsorge

Der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik führt am 31. Januar eine öffentliche Anhörung zum Thema „Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge“ durch (Beginn 10.00 Uhr). Zu Stellungnahmen über die Bereiche Öffentlicher Personennahverkehr, Energie und Wasser wurden auf Vorschlag der Fraktionen und im Namen der Vorsitzenden Ute Koczy (GRÜNE) als Sachverständige Mitglieder des Wirtschafts- und Währungsausschusses des Europäischen Parlaments, die Generaldirektionen Wettbewerb, Verkehr, Energie und Wasser der EU, Gewerkschaften, kommunale Spitzenverbände und kommunale Unternehmen sowie Experten für europäisches Recht eingeladen. Auslöser der Fragen sind eine Mitteilung der Europäischen Kommission „Leistungen der Daseinsvorsorge“ vom 20. September 2000 und die Sorge der kommunalen Unternehmen in NRW um ihre Wettbewerbschancen im liberalisierten europäischen Markt.

Als Mitglied des Haushaltsausschusses hatte die SPD-Abgeordnete Elke Talhorst ihre Heimatstadt als Tagungsort vorgeschlagen. Ihre Partei erreichte bei der letzten Landtagswahl im Mai 2000 (im Wahlkreis Wesel IV) 54,2 Prozent der Stimmen. Doch bei der Kommunalwahl im September 1999 hatte es auch in Moers kräftig „gerumpelt“. Die Mehrheiten sowohl im Kreis Wesel als auch in der kreisangehörigen Stadt Moers wurden von der Wählerschaft der CDU übertragen.

Bei den Haushaltsberatungen spielten parteipolitische Differenzen im 1. Beratungsdurchgang kaum eine Rolle. Die Abgeordneten nutzten die Anwesenheit des Finanzministers zu zahlreichen Nachfragen zu Titeln und Verwendungszwecken in seinem Haushaltsentwurf und in der (zehn Zentimeter dicken) Ergänzungsvorlage. Zufrieden nahmen sie seine Mitteilung zur Kenntnis, die Landschaftsverbände erhielten 293 Millionen Mark als Ausgleich für ihr Vermögen an der (verstaatlichten) Straßenbauverwaltung. Weniger beglückt äußerte sich CDU-Sprecher Helmut Diegel über zusätzliche 100 Millionen Mark, die das Land für den Start des Landesbetriebs Straßenbau veranschlagt hat. Kritisch äußerten sich Abgeordnete der Opposition auch über die Streichung der Mittel für Leistungsprämien. Die CDU sei zu einem (Änderungs-) Signal an Berlin bereit, meinte Winfried Schittges (CDU) und: Das Geld stehe den Beamten zu, meinte Dr. Ingo Wolf (FDP). Minister Steinbrück wies auf den Sparzwang und auf viel Ärger mit der Verteilung in der Vergangenheit hin.

Bei manchen Nachfragen wurde der Minister von den kenntnisreichen Mitarbeitern seines Hauses unterstützt, von denen er und der Staatssekretär 12 mitgebracht hatten. Wenn es um besonders komplizierte Haushaltstechnik ging, half Ministerialdirigent Dr. Günter Berg mit seinem Durchblick bei sämtlichen „globalen“ Kapiteln und „lokalen“ Titeln. Die Haushaltsberatungen verlaufen im NRW-Landtag übrigens etwas familiärer, aber ebenso detailbesessen wie beim „Großen Bruder“, dem Deutschen Bundestag. Am Rande der Klausurtagung vereinbarten die Abgeordneten zahlreiche Termine für die Berichterstattergespräche, bei denen jeweils mindestens sechs persönliche Terminkalender auf ein Datum abgestimmt werden mussten, nämlich die der Abgeordneten von vier Fraktionen und der Mitarbeiter von Ministerium und Landtagsverwaltung.

Nach dem 1. Beratungsdurchgang gab es von der Opposition Lob für den Finanzminister, als er nämlich beim Punkt „Verschiedenes“ zu Presseberichten über „Geldwäsche bei der WestLB“ und zum Stand der Verhandlungen über die Neuregelung des Bund-Länder-Finanzausgleichs Stellung nahm. Steinbrück kritisierte grob fahrlässige Berichte, die die Landesbank in ein falsches Licht gesetzt hätten und korrigiert worden seien. Die CDU sagte ihm Unterstützung beim Bemühen zu, die Landesbank und die Sparkassen auch vor den Angriffen aus Brüssel zu schützen. An den Verhandlungen mit der EU-Kommission nehme CDU-Abgeordneter Winfried Schittges als Vertreter eines der Gewährträger teil, bestätigte er. Dass die NRW-Landesregierung den gemeinsamen Vorschlag von SPD-regierten Ländern zur Neuordnung des Finanzausgleichs ablehnt und eine verfassungskonforme (Dauer)Lösung an-

## Klausurtagung Haushaltsausschuss in Moers

*Der Haushalts- und Finanzausschuss tagte zur traditionellen Haushaltsklausur am 18. und 19. Januar in Moers. Auf der Tagesordnung der Sitzung in den Räumen der Sparkasse Moers standen die Entwürfe der Einzelpläne 12 (Finanzministerium) und 20 (Allgemeine Finanzverwaltung), des Haushaltsgesetzes 2001, Verfahren bei Landesbürgschaften und der Stellenbestand in der Finanzverwaltung. Am zweiten Tag ging es im neuen Rathaus in Moers um das Modellprojekt „Doppischer Kommunalhaushalt“.*



*„Vor Ort“ verkündete die Online-Zeitung der Sparkasse Moers die Ankunft des NRW-Haushaltsausschusses und stellte auch dieses Foto aus der Digitalkamera von Jörg Zimmer noch vor dem Tagungsbeginn ins Internet, v.l. Finanzminister Peer Steinbrück, Landtagsabgeordnete Elke Talhorst (SPD), Ausschussvorsitzender Volkmar Klein (CDU), Sparkassendirektor Hartmut Schulz. Die Sparkasse Moers (Geschäftsvolumen knapp vier Milliarden Mark) versorgt als bisher einzige Sparkasse Deutschlands ihre Online-Zeitung mit tagesaktuellen Meldungen.*

strebt, fand ebenfalls den Beifall der Opposition. Als Vorstufe für die Neuregelung, so antwortete er auf deren Frage, werde es einen Maßstäbegezentwurf des Bundes Ende Februar und einen Lösungsansatz vor der Sommerpause geben.

Staatssekretär Dr. Harald Noack beendete seine Ausführungen zur Bewirtschaftung der 30 635 Stellen in der Finanzverwaltung mit einem Geschenk an die Ausschussmitglieder. Er überreichte 25 CDs mit der Software „Elster“ für elektronische Steuerklärungen. Auch der Position des Ministers zur Rentenreform der Bundesregierung stimmte der Ausschuss zu: NRW lehne die Abwicklung der Rentenreform über die Finanzverwaltung ab, etwa „Günstigkeitsprüfungen“ oder die steuerliche Behandlung von Wohneigentum als zusätzliche private Altersversorgung. Vielmehr solle das über die Arbeitsverwaltung oder die Rentenversicherungsträger erfolgen.

Nach einem gastfreundlichen Ausklang in den Räumen der Sparkasse erschienen die Ausschussmitglieder am nächsten Tag vollständig im Rathaus Moers. Nach dem Vortrag des Kämmerers und einer kurzen Diskussion über „Eröffnungsbilanzen“ von Kommunen (Bericht folgt) beendete Ausschussvorsitzender Volkmar Klein (CDU) die Klausurtagung und dankte den Gastgebern. Er wies darauf hin, dass der Haushaltsausschuss die jährlichen Beratungen nutze, um

auch die Regionen des Landes, die Meinungen und Stimmungen im Lande kennen zu lernen. Nur wenige Abgeordnete nutzten vor dem Gespräch mit der örtlichen Presse noch die Gelegenheit zu einem Stadtbummel mit Elke Talhorst, die gemütliche Winkel der Innenstadt von Moers zeigte und auf die vielen privaten Fachgeschäfte hinwies.

## Erste NRW-Anleihe international

Das Land Nordrhein-Westfalen wird in Kürze erstmals eine auf internationale Anleger ausgerichtete Anleihe auflegen. Das teilte Finanzminister Peer Steinbrück im Rahmen einer Klausurtagung des Haushaltsausschusses in Moers mit. Ergänzend war zu erfahren, dass die internationale NRW-Anleihe ein Volumen von deutlich mehr als einer Milliarde Euro haben solle.

Er selbst werde im Februar, sagte Steinbrück, im Ausland während einer so genannten Roadshow für die NRW-Anleihe werben. Das Land verspricht sich durch die Anleihe mittelfristig über eine Verbreiterung der Investorenbasis günstigere Zinskonditionen.

## SPD-Fraktion

### Rechtsexperten wünschen mehr Videotechnik in Strafverfahren

Der Arbeitskreis „Recht“ der SPD-Landtagsfraktion unterstützt nachdrücklich die Bemühungen von Justizminister Jochen Dieckmann zur verstärkten Nutzung der Videodokumentation bei Zeugenaussagen. Das erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises, Frank Sichau, nach einem Besuch der SPD-Rechtspolitiker beim Oberlandesgericht Düsseldorf. Die Videotechnik diene vor allem dem Schutz von Zeugen, kommentierte Sichau. Das Zeugenschutzgesetz, das am 1. Dezember 1998 in Kraft getreten ist, schafft die Möglichkeit, jede Zeugenvernehmung per Videotechnik aufzuneh-

men, unabhängig von der zu verhandelnden Strafsache. „Wir sehen hierin einen großen Fortschritt z. B. bei der Vernehmung von Zeugen unter 16 Jahren, die Opfer einer Straftat geworden sind“, unterstrich der rechtspolitische Sprecher der SPD im Landtag. Er erspare den Opfern belastende Mehrfachvernehmungen etwa dadurch, dass eine verwertbare Bild-Ton-Aufzeichnung in späteren Verfahrensstadien zur Verfügung stehe. Hilfreich sei dies vor allem für Opfer von Sexualstraftaten, von Gewaltdelikten mit schweren körperlichen oder seelischen Verletzungen oder bei Misshandlungen von Schutzbefohlenen. Die Dokumentationsmöglichkeit empfehle sich aber auch für Aussagen von Zeugen, bei denen davon auszugehen sei, dass sie an der Hauptverhandlung nicht teilnehmen können. Das betreffe z. B. Opfer von Menschenhandel, die schnellstmöglich in ihre Heimat zurückkehren möchten.

Es gibt derzeit 25 Audio-/Videokonferenzenanlagen

(zehn stationäre und 15 mobile) in den drei OLG-Bezirken Düsseldorf, Köln und Hamm. Der Justizminister beabsichtigt nach der technischen Ausstattung der Oberlandes- und der Landgerichte die bereits angelaufene weitere Installation dieser Technik auch bei den Schöffengerichten. Im Bedarfsfall sollen mobile Anlagen in den Sitzungsräumen eingesetzt werden. „Wir haben uns davon überzeugt, dass dieses Projekt sinnvoll ist und unterstützt werden muss“, berichtete Frank Sichau. Dabei müsse der technische Ausbau wie bisher einhergehen mit der Schulung von Richtern und Staatsanwälten. Im vergangenen Jahr habe es drei Fortbildungsveranstaltungen an der Justizakademie in Recklinghausen gegeben, bei denen die Videovernehmung auf der Tagesordnung gestanden habe. Er hoffe, dass die Fortführung solcher Schulungen dazu führe, dass viele Gerichte im Zusammenwirken mit der Staatsanwaltschaft und Verteidigern die neuen Möglichkeiten nutzen, sagte Sichau.

## CDU-Fraktion

### Eckpunkte für die Novellierung des Landesrundfunkgesetzes

Zur Novellierung des Landesrundfunkgesetzes erklärt der medienpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Lothar Hegemann:

„Öffentlich-rechtlicher und privater Rundfunk müssen in NRW – auch zur Sicherung des Medienstandortes Nordrhein-Westfalen – attraktive Rahmenbedingungen vorfinden. Die bisherigen Rahmenbedingungen gehören auf den Prüfstand. Die CDU-Landtagsfraktion fordert deshalb, die rundfunk- und medienrechtlichen Regelungen in NRW übersichtlicher und transparenter zu gestalten. Die Genehmigungs- und Aufsichtsstrukturen für privaten Rundfunk sind den Anforderungen an einen

modernen Medienstandort anzupassen und fortzuentwickeln.

- Wir wollen ein zusätzliches privates Fernsehen mit lokalen Fenstern in Nordrhein Westfalen ermöglichen und gesetzlich verankern.
- Wir fordern eine zweite private, landesweite Hörfunkkette.
- Die CDU steht für die Liberalisierung des Kabelnetzes.

Das Landesrundfunkgesetz räumt privaten Veranstaltern bislang nur die Möglichkeit für landesweites Fernsehen ein. Für andere örtliche Fernsehsender sieht das Landesrundfunkgesetz zurzeit keine Rechtsgrundlagen vor. Im Übrigen muss die Lizenzerteilung für privates landesweites oder regionales Fernsehen so ausgestaltet werden, dass regional und lokal die Vielfalt der Medienangebote geschützt und Monopolstrukturen vermieden werden. Weiter fordert die CDU ein zweites, privates Hörfunkprogramm, das zur Stabilisierung des Lokalfunks in diesem Land beitragen kann. Die Landesregierung muss endlich für die Bereitstellung entspre-

chender Frequenzen sorgen. Außerdem müssen die Zulassungsbedingungen für die Veranstaltung von Rundfunk in Nordrhein-Westfalen vereinfacht werden. Veranstaltungsrundfunk und Campus-Radio haben Vorbildcharakter für ein vereinfachtes Zulassungsverfahren von Rundfunkprogrammen, für die eine schlichte Anmeldung künftig ausreichen soll, vor allem, wenn kein Mangel an Übertragungskapazitäten besteht.

Die rot-grüne Landesregierung muss auch endlich Regelungen zur digitalen Kabelbelegung treffen. Der bestehende Rundfunkstaatsvertrag reicht dafür nicht aus. So ist nach wie vor ungeklärt, wie viel Kapazität im Kabel für den Rundfunk genutzt werden muss, bzw. welcher Anteil im Kabel für den Rundfunk gesetzlich freigehalten wird.

Die rot-grüne Landesregierung muss schnellstmöglich eine entsprechende Novellierung des Landesrundfunkgesetzes vorlegen, denn nur so ist die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Medienstandortes Nordrhein-Westfalen gewährleistet.“

## FDP-Fraktion

### Lindner: „Schulen ans Netz“ auf Kindergärten ausweiten

Der jugendpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, der 22-jährige Christian Lindner, hat seine Position bekräftigt, die Medienerziehung im Kindergarten zu verstärken. „Neben Schere, Fingerfarben und Rutsche gehören heute auch PCs in den Kindergarten“, so der jüngste Landtagsabgeordnete. Hierzu forderte er die Landesregierung auf, das Programm „Schulen ans Netz“ auf Tageseinrichtungen für Kinder auszuweiten. Ein zukunftsweisender Kindergarten sei zugleich

auch ein „Medienzentrum für Kids“, das Kinder zur selbstständigen Bewertung und Benutzung von Informationstechnologie schrittweise befähigen soll, erklärte Lindner. Er verwies in diesem Zusammenhang auf einen „Internet-Kindergarten“ in Mölln, der als freiwilliges Zusatzangebot eine tägliche Computerstunde anbiete. Lindner sieht darin ein „Zugeständnis“ daran, dass die Erwachsenen von morgen die heute so misstrauisch beäugelte Technik als selbstverständlich erleben werden – wie die Generation zuvor das Fernsehen.“

*Dreckmann: Mittelkürzungen bei 470 Drogentoten unverantwortlich*

„Bei 470 Drogentoten im Jahr 2000 ist die Kürzung der finanziellen Mittel um 3 500 400 Mark im Landeshaushalt 2001 unverantwort-

lich. Die FDP wird alles daransetzen, das zu verhindern“, kündigte die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion Dr. Ute Dreckmann an. Unverantwortlich sei es darüber hinaus, dass es in NRW noch immer keine klaren rechtlichen Grundlagen für die Einrichtung und den Betrieb der geplanten „Fixerstuben für Heroinkranke“ gebe. Als „Plan-spiel“ nutzten sie niemandem, betonte Dreckmann. Nur eine schonungslose und ehrliche Aufklärung über Wirkung, Risiken und Gefahren des Konsums von Drogen, und zwar sowohl der legalen als auch der illegalen Substanzen und über Maßnahmen zur Verhinderung bleibender gesundheitlicher Schäden könne letztendlich dazu beitragen, den Konsum zu drosseln, möglicherweise sogar ganz darauf zu verzichten. Weitere Informationen unter [www.nrwbrauchttempo.de](http://www.nrwbrauchttempo.de)

## DIE GRÜNEN-Fraktion

### GRÜNE diskutieren Chancen und Risiken des Metrorapid

Das Bundesverkehrsministerium hat am 23. Januar 2001 eine Machbarkeitsstudie für den Metrorapid zwischen Dortmund und Düsseldorf vergeben. Im Rahmen der weiteren Untersuchungen müssen aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erhebliche planerische, technische und finanzielle Schwierigkeiten gelöst werden.

Auf der Fachanhörung am 1. Februar 2001 wird die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-

NEN eine erste Abschätzung der Chancen und Risiken des Metrorapid vornehmen. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen in die weitere Begleitung der Machbarkeitsstudie einbezogen werden.

*Qualitätsoffensive für den Öffentlichen Personennahverkehr*

In der Diskussion um die notwendige Verbesserung des ÖPNV im Ballungsraum Rhein-Ruhr treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine ergebnisoffene Prüfung aller technologischen und verkehrlich sinnvollen sowie ökologischen Lösungen ein. Für uns steht dabei der größtmögliche Fahrgastnutzen im Mittelpunkt. Eine rationale und wirtschaftlich verantwortliche Entscheidung kann nur fallen, wenn zunächst die Ziele

und der Fahrgastnutzen definiert werden und dann die beste technische Variante dafür ausgewählt wird.

Die Metrorapid-Diskussion darf zudem aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN keinen der vereinbarten kurz- und mittelfristig realisierbaren Optimierungsschritte für eine bessere Bahn in NRW verzögern. Die im Koalitionsvertrag festgelegte Qualitätsoffensive mit Taktverdichtung und Erneuerung der Fahrzeugflotte für den Nahverkehr muss in den kommenden fünf Jahren finanziert und umgesetzt werden. Es muss gesichert sein, dass der jetzige Nahverkehr nicht beeinträchtigt wird.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

## Villa Horion und Raumplanung

Zur Deckung des akuten Raumbedarfs hat der Ältestenrat am 24. Januar in einer Sondersitzung nach einer Vorlage von Landtagspräsident Ulrich Schmidt die Landtagsverwaltung beauftragt, für eine Übergangszeit unverzüglich geeignete Büroflächen in der Nähe des Parlamentsgebäudes anzumieten.

Darüber hinaus fasste der Ältestenrat auf Vorschlag des Landtagspräsidenten den Beschluss, die Villa Horion – den ehemaligen Sitz des Ministerpräsidenten – in die Verfügung des Landtags zu nehmen und künftig für Zwecke des Landtags zu nutzen. Im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2001 im März wird dann endgültig über die Finanzierung der Umbauarbeiten, für die eine Zeit von sechs Monaten zu veranschlagen ist, entschieden werden.

Der künftige Raumbedarf des Landtags ist durch den Beschluss zur Einsetzung von Enquetekommissionen entstanden. Für die beiden eingesetzten Enquetekommissionen besteht ein kurzfristiger Raumbedarf von rund 20 Räumen. Mittelfristig muss mit einem Bedarf von insgesamt 40 Räumen gerechnet werden, da von der Einsetzung weiterer parlamentarischer Gremien ausgegangen werden muss. Mit den Entscheidungen des Ältestenrats sollen die aktuellen Raumprobleme des Landtags behoben werden.

## Personale

**Gérard Mortier**, künstlerischer Leiter der geplanten Ruhr-Triennale, wird das erstmals für 2003 vorgesehene Kulturereignis von der Essener Zeche Zollverein aus vorbereiten. Mortier will sein Büro mit einem kleinen Mitarbeiterstab in der Halle 8 der ehemaligen Schachtanlage einrichten, wo auch die Projekt Ruhr GmbH einziehen soll. Außerdem will der Flame, der noch Intendant der Salzburger Festspiele ist, in Essen eine Wohnung anmieten und mindestens einmal pro Woche ins Ruhrgebiet kommen.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 884 23 03,  
884 23 04 und 884 25 45, T-Online: \*56801#, FAX  
884 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender Pressesprecher des Landtags  
Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Notker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26  
ISSN 0934-9154  
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

Mit ihren „Promis“ haben die GRÜNEN ihre liebe Last. Da gilt nicht die Kölner Losung, dass man auch „jönne könne“ müsse. Üblicher ist vielmehr die Champignon-Methode: Wer den Kopf aus dem Mistbeet rausstreckt, verliert denselben. So gesehen, war es schon eine mittlere Sensation, als die Parteizeitung der GRÜNEN nach der Kandidatenkür für die Landtagswahl am 14. Mai einen in der Partei bis dahin fast Unbekannten zum „Shootingstar“ ausrief. Der heute 40-jährige Oliver Keymis, damals gerade erst zwei Jahre Mitglied der Partei, hatte völlig überraschend einen der hart umkämpften wenigen, gerade noch als „sicher“ geltenden Plätze auf der Landesliste erobert. Ohne Mitgliedschaft in irgendwelchen Parteizirkeln. Ohne mächtige Seilschaft: Nur mit einer Rede, deren ungewöhnlicher Ton die Mehrheit der Delegierten überwältigte. Geistreich, witzig gar, was bei den GRÜNEN selten vorkommt, bar aller Phrasen und ohne das bei solchen Gelegenheiten gern vorgeführte Imponiergehabe. Da sprach vielmehr jemand einfach über Kultur. Über die aktuelle Not der Kultur. Auch über die Kultur-Not der GRÜNEN. Dass da dringend etwas geändert werden müsse, weil Kultur kein Luxus, sondern Notwendigkeit in dieser Zeit sei. Gerade in dieser Zeit. Und die Mehrheit spürte, dass der da oben am Mikrofon das ernst meinte. Und schenkte ihm ihr Vertrauen. Für grüne Verhältnisse war das so etwas wie eine Sensation.

Inzwischen wissen nicht nur die GRÜNEN Landtagsabgeordneten, dass diese Rede damals keine Eintagsfliege war. Selbst der SPD-Fraktionsvorsitzende Edgar Moron sah sich nach dem dritten Auftritt des Parlamentarismus im Plenum des Landtags genötigt, dem neuen Kollegen von der GRÜNEN-Fraktion ein paar anerkennende Worte zuzumurmeln.

So abgebrüht ist Oliver Keymis noch nicht, als dass ihn dieses nicht gefreut hätte. Cool bleibt er trotzdem, denn nach dem Studium (Philosophie, Germanistik, Französisch und Politische Wissenschaften) und Lehrjahren an verschiedenen Bühnen war der Meerbuscher vor seinem Einstieg in die Politik nicht umsonst zehn lange Jahre freier Theaterregisseur, um nicht zu wissen, wie nahe das „Hosianna“ und das „Kreuziget ihn“ beieinander liegen. Er argwöhnt, dass zwischen seinem Verständnis von Kultur und dem der großen Mehrheit in der SPD-Fraktion wohl Abgründe klaffen. Ob die Genossinnen und Genossen auch dann noch Beifall klatschten, wenn er nicht gegen die Opposition, sondern gegen ihr altbackenes Kulturverständnis streite, wolle er doch erst einmal abwarten. Denn dass neue, andere Schwerpunkte in der nordrhein-westfälischen Kulturpolitik gesetzt werden müssen, steht für Keymis außer Frage. Diese andere Gewichtung müsse schon im nächsten Haushalt des Landes zumindest in Ansätzen sichtbar werden, fordert keck der Parlamentsneuling.

Oliver Keymis ist ein fröhlicher Mensch. Er lacht gern. Und – das ist unübersehbar – er isst gern. Ein frohsinniger Springinsfeld ist er nicht. Keymis kann hart arbeiten. Dass die Meerbuscher seit ein paar Jahren ein eigenes kleines Theater haben, ist nicht zuletzt sein Verdienst. Und dass die mit einem Preis



Oliver Keymis (GRÜNE)

ausgezeichnete Bürgerinitiative „Stopp A 44“ die Zerstörung des einzigartigen Naturschutzgebietes in der Ilvericher Rheinschlinge durch die neue Autobahn zwar nicht verhindern, die ökologischen Schäden aber zumindest in Grenzen halten konnte, kann sich der gebürtige Düsseldorfer auch als Ergebnis seiner jahrelangen Arbeit als Motor dieser Bürgerinitiative anrechnen.

Oliver Keymis kann auch schon politisch kämpfen. Das bewies er bei der Kommunalwahl. Bürgermeisterkandidat der GRÜNEN im tiefschwarzen Meerbusch – das ist eigentlich nur etwas für Leute mit hoher Leidenschaft. Von den sozusagen etablierten GRÜNEN wollte sich niemand diesen Tort antun. Da sprang das Neumitglied Keymis in die Bresche – und mischte die Schwarzen und Roten und Gelben ganz gehörig mit einer ganzen Serie von Veranstaltungen auf. Die schwarze Mehrheit konnte der grüne Bürgermeisterkandidat selbstverständlich nicht brechen. Aber Keymis inszenierte den seit Menschengedenken muntersten Kommunalwahlkampf in diesem Städtchen mit den prozentual meisten Millionären der Republik, weil auch die politische Konkurrenz aus den Puschen kommen musste, um das Feld nicht Keymis und Co zu überlassen.

Und Oliver Keymis, dies zuletzt, ist sehr beharrlich. Vor vielen, vielen Jahren, damals war er noch ein ranker Schüler, verliebte er sich bei einem Treffen der Meerbuscher in der französischen Partnerstadt Fousenant nicht in eine französische, sondern eine deutsche Mitschülerin. Die beiden sind inzwischen längst verheiratet. Den Jahreswechsel feierten sie mit französischen und deutschen Freunden im schönen Fousenant an der Atlantikküste. Die Franzosen freuten sich, dass „ihr Oliver“ nun Abgeordneter geworden ist. Und doch redeten Franzosen und Deutsche an diesem Abend ausnahmsweise – fast – kein Wort über Politik. Reinhard Voss

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 3. bis 11. Februar 2001

3. 2. **Gisela Walsken** (SPD), 43 J.
4. 2. **Heinrich Kruse** (CDU), 55 J.
4. 2. **Reiner Priggen** (GRÜNE), 48 J.
5. 2. **Inge Lagemann** (SPD), 57 J.
10. 2. **Peter Biesenbach** (CDU), 53 J.
11. 2. **Manfred Luckey** (CDU), 52 J.

★

**Dr. Miriam Meckel**, Medienwissenschaftlerin, ist von Ministerpräsident **Wolfgang Clement** (SPD) offiziell als neue nordrhein-westfälische Regierungssprecherin vorgestellt worden. Die 33 Jahre alte Professorin werde das Amt zum 1. März vom derzeitigen Regierungssprecher **Dr. Klaus Klenke** übernehmen, der nach einer Herzoperation beruflich kürzer treten wolle, teilte Clement in Düsseldorf mit. Frau Meckel werde als Staatssekretärin in der Staatskanzlei auch für die Organisation der Medienwirtschaftspolitik verantwortlich sein. Die neue Regierungssprecherin lehrt seit 1999 am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Münster. Sie ist die jüngste Professorin in der Bundesrepublik. Zuvor arbeitete sie als Journalistin unter anderem für den Westdeutschen Rundfunk, für RTL und Vox. Auch als Autorin für Printmedien war sie gefragt. Die Promotion schaffte sie bereits mit 26 Jahren.

★

**Dr. Renate Düttmann-Braun** (CDU), Landtagsabgeordnete, ist als Nachfolgerin von **Richard Blömer** (CDU) vom Landtag auf Wahlvorschlag der CDU-Fraktion als ordentliches Mitglied in das Kuratorium der Stiftung „Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen“ berufen worden. Der Landtagsabgeordnete Blömer wurde zum stellvertretenden Mitglied gewählt.

★

**Monika Düker** (GRÜNE), Landtagsabgeordnete, ist auf Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Nachfolgerin von **Sylvia Löhrmann** vom Landtag als ordentliches Mitglied für das Kontrollgremium gem. § 23 des Verfassungsschutzgesetzes NRW gewählt worden. Die Fraktionsvorsitzende Löhrmann übernahm im Wechsel die Stellvertretung und trat die Nachfolge des bisherigen stellvertretenden Mitglieds **Johannes Rimmel** (GRÜNE) an.

★

**Wolfgang Röken** (SPD), Landtagsabgeordneter, hat sein Amt als Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes Gladbeck auf einem Stadtparteitag an seinen Nachfolger **Dr. Johann Komarnicki**, Mitglied des Bundesvorstandes der SPD, abgegeben. Röken hat den Stadtverband Gladbeck über 25 Jahre geleitet.

★

**Julian Heynen**, Kunsthistoriker aus Krefeld, ist künftiger wissenschaftlicher Leiter der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen im Ständehaus, dem ehemaligen Landtagsgebäude in Düsseldorf. Dies hat das Kuratorium der Kunstsammlung unter der Leitung des nordrhein-westfälischen Kulturministers **Dr. Michael Vesper** (GRÜNE) beschlossen. In der neuen Dependence der Kunstsammlung wird Heynen vor allem Kunst seit den 80er-Jahren zeigen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Haus Stapel** im Münsterland bei Havixbeck gelegen, fällt aus dem üblichen Klischee von der romantischen Wasserburg heraus. Es wurde nicht aus Gründen der Repräsentation seiner adligen Besitzer errichtet, sondern weil der Bauherr zu Beginn des 19. Jahrhunderts — ganz praktisch — Platz für eine große Kinderschar benötigte. So mutet das lang gestreckte Herrenhaus mit seinen drei Pavillons rechts, links und in der Mitte entfernt wie ein für heutige Verhältnisse etwas zu groß geratenes Familienlandhaus an. Gerade das macht einen Gutteil des Charmes des klassizistischen Gebäudes aus; es demonstriert nicht Macht, sondern Zweckmäßigkeit — und das in einer Harmonie, die vielfach modernen oder postmodernen Hervorbringungen der Architektur unserer Tage abgeht. Erbaut ab 1819 in Baumberger Sandstein, der im Morgen- oder Abendlicht, wie Kenner wissen, scheinbar zu glühen beginnt, beherbergt es im Inneren reiche Stuckornamentik, wertvolle Ausmalungen und eine interessante Sammlung von vorwiegend französischen Bildertapeten. Die Einschränkung dabei ist, dass Haus Stapel nach dem Auszug der Besitzerfamilie Raitz zu Frentz an zahlreiche Privatleute vermietet worden ist, sodass allenfalls eine Außenbesichtigung der Anlage möglich ist. — Unser Bild zeigt die barocke Vorburg, die — umstritten — dem westfälischen Baumeister Schlaun zugeschrieben wird. Durchschreitet man das Tor, so öffnet sich der Blick den Wirtschaftsgebäuden rechts und links entlang auf das Herrenhaus mit seiner von Säulen getragenen Eingangshalle, die von einem barock anmutenden Haubendach gekrönt wird. Haus Stapel ist beliebte Station auf den münsterländischen „Pättkestouren“; Radfahrer, die gastronomisch Erholung suchen, sind im nahen Havixbeck an der richtigen Adresse oder am vier Kilometer entfernten Longinusturm, der neben einer guten Aussicht Rast in seinem Café bietet, das an Wochenende viel besucht ist.

Foto: Kamp